Wilhelm Ziegler

Wie kam es zum Kriege 1939

Reclam

Wie kam es zum Kriege 1939?

Von

Wilhelm Ziegler

Verlag von Philipp Reclam jun. Leipzig

Vom gleichen Verfasser erschienen: Versailles. Die Geschichte eines mißglückten Friedens. 272 S. 1932. Verdun. 200 S. 1936. Volk ohne Führung. Das Ende des Zweiten Reiches. 310 S. 1938. Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg.

Reclam-Druck

Printed in Germany 1939

Der Ursprung

Alles, was in Europa in den letzten zwanzig Jahren geschehen ist, bleibt untrennbar mit dem sogenannten Friedensvertrag von Versailles verbunden. Denn der Weltkrieg und sein Abschluß in Versailles ist und bleibt der tiefe Einschnitt in der Geschichte der Menschheit, von dem eine neue Epoche ausgeht.

Denkt man zurück, dann war es eine der großen seltenen Gelegenheiten, wie sie die Vorsehung in Jahrhunderten nur einmal den Menschen vergönnt. Die Westmächte hatten die Mittelmächte zu Boden geschlagen, nachdem mehr als die halbe Welt sich ihnen angeschlossen hatte. Ihre Länder waren Sieger auf der ganzen Linie. Die ganze Welt war ihnen untertan. Und es war nicht zuviel gesagt, als Raymond Poincaré, der Präsident der französischen Republik, den Häuptern der Siegermächte bei der Eröffnung der Friedenskonferenz in Paris zurief: „Sie halten in Ihren Händen die Zukunft der Welt!"

Wie Baumeister konnten diese Staatsmänner an ihr Werk herangehen. Und oft genug sind sie damals von den Zeitschriften in dieser Rolle dargestellt worden. Aber noch in einem andern Sinne hielten sie die „Zukunft der Welt" in ihren Händen. Sie trugen auf ihren Schultern die Hoffnungen der Mensch-

heit auf eine neue, bessere Zukunft. Mehr als vier Jahre war die Menschheit durch ein Meer von Blut und Tränen gewatet. War es ein Wunder, daß sie jetzt mit fiebernder Gläubigkeit auf diese Staatsmänner mit dem Präsidenten Wilson an der Spitze blickte, als ob von ihnen das Zeitalter eines neuen wirklichen Friedens ausgehen sollte?

Selten sind die Hoffnungen einer geplagten und gemarterten Menschheit schmählicher enttäuscht worden als durch das Werk dieser „Staatsmänner". Denn der sogenannte Friedensvertrag von Versailles war weder ein Vertrag noch ein Friedensvertrag, er war ein Diktat, und zwar ein Diktat des Unfriedens. Je mehr Jahre seit diesem Schicksalsjahre 1919 verflossen sind und je weiter die Menschheit sich von ihm entfernt, um so klarer enthüllt sich der wahre Charakter dieses „mißglückten Friedens".

Diese Feststellungen sind unwiderlegbar. Aller Unfrieden der Gegenwart ist das Produkt von Versailles. Und wer daran irgendeinen Zweifel hegen sollte, der sei auf ein Zeugnis verwiesen, das jenseits aller Kritik steht. Es stammt von dem dänischen Ministerpräsidenten Stauning, einem alten Sozialdemokraten, und ist von ihm ausgesprochen worden, als dieser Krieg bereits ausgebrochen war. Stauning hat nämlich in einer Rede, die er am 3. September in Kopenhagen vor der Studentenvereinigung hielt, als seine Meinung folgendes Urteil ausgesprochen: „Es ist nicht meine Aufgabe, die Ursachen der augenblicklichen Lage zu untersuchen. Es mag aber doch gesagt sein, daß der Keim für das, was heute in der Entwicklung begriffen ist, sowie

für die Ereignisse, die schon zurückliegen, durch den traurigen Krieg 1914 bis 1918 gelegt wurde, dessen Ende Frieden und Gerechtigkeit nicht in genügendem Maße sicherte... Der Inhalt des Friedensvertrags stimmte nicht mit den Worten überein. Es gab Gebiete, in denen gerechte Grenzen nicht gezogen wurden. Damit war der Keim für die Auflehnung gegen die Bestimmungen des Friedensvertrags gelegt."

Wie bei all den andern Krisen, welche die Welt in den letzten beiden Jahrzehnten durchschüttelt und durchrüttelt haben, reichen demnach auch die Wurzeln der polnischen Krise, die zum Anlaß des Konfliktes wurde, bis auf den „Vertrag" von Versailles zurück. Und es ist das Erstaunliche, aber auch Kompromittierende für die „Baumeister" dieses Werkes von Versailles, daß damals bereits all das vorausgeahnt und vorausgesagt worden ist, was jetzt eingetreten ist. Für uns Deutsche aber gibt es keine stärkere Rechtfertigung als diese Prophezeiung.

*

Es war im März 1919 — mitten in den Beratungen und Verhandlungen über die Grenzen des neu begründeten polnischen Staates. Der Bericht der „Kommission der polnischen Angelegenheiten" lag den Häuptern der Konferenz, Clemenceau, Wilson und Lloyd George, vor. Er lautete dahin: Fast die ganze Provinz Posen, der größte Teil der Provinz Westpreußen, ein Teil von Pommern und Niederschlesien,

die Stadt Danzig und der Regierungsbezirk Oppeln in Schlesien sollten an Polen fallen, und zwar bedingungslos ohne Volksabstimmung. Nicht weniger als zwei Millionen Deutscher — das gibt der Bericht selbst zu — sollten damit unbefragt an Polen übergehen. In diesem Augenblick schlug die Geburtsstunde des sogenannten Korridors.

Das ganze Projekt war ein Unikum! Es widersprach dem feierlichen Versprechen des Präsidenten Wilson und der Siegermächte. Denn in dem dreizehnten der „Vierzehn Punkte" des Präsidenten Wilson war ausdrücklich erklärt, daß der neue polnische Staat nur von einer „unbestritten polnischen Bevölkerung" bewohnt sein solle. Diesem obersten Prinzip mußte sich auch der den Polen zugesagte Zugang zum Meere unterordnen. Dieses Korridor-Projekt war außerdem ohne jede wirkliche Analogie auf der ganzen Landkarte. Es war überhaupt nur aus der schwülen Atmosphäre dieser Konferenz zu begreifen, die alle Vernunft erstickt, dafür alle Begehrlichkeiten geweckt hatte. Es war das Produkt einer krankhaften Phantasie.

Trotzdem, einer hat damals schon mitten im brodelnden Chaos der Leidenschaften seine warnende Stimme erhoben: Lloyd George, der englische Ministerpräsident. Welche Motive ihn dabei geleitet haben, ist unwichtig. Er hat — und darauf kommt es an — sich diesem abenteuerlichen Projekt eines solchen Korridors ohne Volksbefragung mit aller Energie widersetzt. Im Verlaufe der heftigen Debatte sind aus seinem Munde geradezu prophetische Sätze gefallen. Er hat darauf hingewiesen: „Der Vorschlag, daß wir 2 100 000 Deutsche der Autori-

tät eines Volkes unterstellen sollen, das abweichender Konfession ist und das im Laufe seiner Geschichte niemals gezeigt hat, daß es sich selbst zu regieren versteht, dieser Vorschlag würde uns früher oder später zu einem neuen Kriege im Osten Europas führen." Und am Schlusse seiner Darlegungen hat er betont, daß diese Gebiete als „Germania irredenta", also als ein unerlöstes Deutschland, angesehen würden, auch wenn die Deutschen den Vertrag annähmen, und daß sie „der Sitz des nächsten Krieges" werden würden.

Die Majorität der demokratischen „Staatsmänner" in Versailles ist über diesen Einspruch souverän hinweggegangen. Lloyd George gelang lediglich die geringfügige Berichtigung, daß wenigstens die Stadt Danzig als „Freie Stadt" unter den „Schutz des Völkerbundes" gestellt wurde. Es war nicht viel mehr als eine Schönheitsreparatur!

Aber noch einmal hat ein anderer der maßgebenden „Staatsmänner" in Versailles seine beschwörende Stimme erhoben. Es war der damalige und heutige Ministerpräsident der Südafrika-Union, General J. C. Smuts. Auch er tat es in einer Phase, als immer noch Zeit war, nämlich als das sogenannte Friedensdokument den Deutschen zur Prüfung überreicht war und das letzte Wort noch ausstand. In dieser Atempause hat General Smuts an Lloyd George einen Brief gerichtet, der wie kein anderes Dokument die Gefährlichkeit des Korridor-Planes bloßgelegt hat. In ihm ist eigentlich alles vorausgesagt, was und wie es gekommen ist. Den größten Raum in dem Schreiben nimmt die Kritik an der neuen deutsch-polnischen Grenze ein, neben der Be-

setzung des linken Rheinufers. Was General Smuts dabei über die deutsch-polnische Grenze sagt, trifft so unmittelbar ins Schwarze und ist so schicksalsschwer, daß es wenigstens in den wichtigsten Sätzen hier wiederholt werden muß. Smuts bekennt offen und ehrlich:

„Ich glaube, wir sind dabei, auf Flugsand ein Haus zu errichten. Und im Hinblick auf diese und zahlreiche andere Erwägungen würde ich die Grenzen Polens, wie sie in dem Friedensvertrag provisorisch festgesetzt sind, einer Revision unterziehen, Oberschlesien und alle wirklich deutschen Gebiete Deutschland belassen, die Grenzen der Freien Stadt Danzig enger ziehen und sie, anstatt diese unter die Oberherrlichkeit Polens zu stellen, wie wir es vorgeschlagen haben, unter der Souveränität Deutschlands mit einer dem Völkerbund unterstellten Verwaltung belassen. Ich halte die lange Okkupation des Rheines und die so viel stärkere Vergrößerung Polens, als es je im Kriege geplant war, für die beiden Kardinalfehler des Friedensvertrages. Diese beiden Fehler bilden eine starke Bedrohung des künftigen Friedens Europas, und ich dringe darauf, daß jedes Mittel angewandt wird, sie aus der Welt zu schaffen, ehe es zu spät ist. Noch ist es nicht zu spät."

Es ist kein Wort in dieser Analyse, das nicht den Nagel auf den Kopf trifft. Man ist verblüfft über die scharfsinnige Logik und die intuitive Erkenntnis dieses Mannes. Am wahrsten aber war der Schlußsatz: „Noch ist es nicht zu spät."

Und gerade dieser Satz steht wie ein verhängnis-

volles Leitmotiv über der Politik der Siegermächte und Polens seit 1919. Denn in ihrer Hand allein lag die letzte Entscheidung über eine Korrektur oder Revision dieser wahnwitzigen Korridor-Politik. Der Kassandraruf des Generals Smuts ist wirkungslos verhallt. General Smuts selbst scheint seine ernste Warnung von damals heute auch vergessen zu haben. Das Einzige, was nachher noch in Versailles geändert wurde, war die Umwandlung der glatten Annexion Oberschlesiens in eine Volksabstimmung. Es war der einzige Erfolg der verzweifelten Bemühungen von Lloyd George, wenigstens das Schlimmste bei der Ziehung der polnischen Grenzen zu verhüten. Die Anlage und die Struktur des absurden Projektes der Polenkommission aber blieb unangetastet. Es blieb bei dem sogenannten Korridor, der rund drei Millionen Menschen auf rund 43 000 qkm ohne jede Befragung von Deutschland an Polen überantwortete. Es waren nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 genau 2 962 200 Einwohner auf 42 928 qkm. Das war ein Gebiet etwas größer als die Schweiz und eine Einwohnerzahl nicht viel geringer als die der Schweiz. Man stelle sich nur einmal vor, der Schweiz sei etwas Derartiges zugemutet worden. Welchen Sturm der Entrüstung hätte dieser Wahnwitz in der ganzen Welt erregt?

Damit schloß die sogenannte Friedenskonferenz in Versailles und ihr Werk. Aber — wir können heute rückschauend sagen — es war immer noch nicht zu spät.

Fünfzehn Jahre polnischen Übermuts

Polen saß jetzt im Sattel, dank der bedingungslosen Unterstützung seiner hohen Gönner, vor allem von Clemenceau und Wilson, die mit ihm durch dick und dünn gingen. Von Wilson sagte der amerikanische Delegierte D. H. Miller in seinem Monumentalwerk „Mein Tagebuch auf der Pariser Konferenz": „Ebenso wie gegen die Deutschen war Wilson für Polen mit seinem ganzen Herzen." Und von Clemenceau konnte diese einseitige propolnische Einstellung erst recht nicht überraschen. Denn sie entsprach der traditionellen französischen Politik, die immer mit den Polen, allein schon aus dem Gegensatz gegen Deutschland, sympathisiert hatte. Jetzt mußte sich zeigen, ob Polen auch reiten konnte.

Freilich, eines war dabei nicht zu vergessen, Polen hatte seinen gesamten Staat mitsamt dem polnischen Korridor unter ganz bestimmten Zusicherungen empfangen. Oder man kann auch so sagen: Die Eintragung des polnischen Staates in das Grundbuch der europäischen Staatenfamilie war mit ganz bestimmten Hypotheken erfolgt. Sowohl in der Behandlung seiner Minderheiten wie in seinem Verhältnis zu der „Freien Stadt Danzig" hatte Polen in dem Versailler Friedensdiktat wie in besonderen Verträgen mit den Siegermächten ganz bestimmte Verpflichtungen übernommen.

Es hieß nämlich in Art. 93 des Versailler Diktats ausdrücklich:

„Polen ist damit einverstanden, daß die Alliierten und Assoziierten Hauptmächte in einen mit ihm zu schließenden Vertrag die Bestimmungen aufnehmen, die sie zum Schutze der Interessen der nationalen, sprachlichen und religiösen Minderheiten in Polen für notwendig halten."

Und in dem Minderheitenschutzvertrag, der am 28. Juni 1919 von Polen unterschrieben wurde, war in dem Artikel 2 folgendes festgelegt:

„Die polnische Regierung verpflichtet sich, allen Einwohnern ohne Unterschied der Geburt, der Staatsangehörigkeit, der Sprache, des Volkstums und der Religion den umfassendsten Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit zu gewähren."

Ja, Polen verpflichtete sich in Artikel 1 noch darüber hinaus dazu, „daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine amtliche Handlung im Gegensatz oder Widerspruch hierzu stehen, und daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine amtliche Handlung hiergegen Geltung beanspruchen" dürfe.

Juristisch war also alles geschehen, um einer Entrechtung oder Benachteiligung der Deutschen wie der übrigen Minderheiten im polnischen Staate vorzubeugen. Auch in das Statut der „Freien Stadt Danzig", das in Artikel 100—108 des Versailler Diktats enthalten war, waren gewisse Sicherungen gegen eine Vergewaltigung Danzigs durch den ringsherum lagernden polnischen Staat eingebaut. Danzig trat „unter den Schutz des Völkerbundes". Seine Verfassung wurde „von dem Völkerbund gewährleistet".

Ein Kommissar des Völkerbundes sollte als Aufsichtsinstanz alle etwaigen Streitigkeiten als Erster schlichten. Im übrigen war der deutschen Regierung und der „Freien Stadt“ Danzig in der von Clemenceau unterschriebenen Antwort der Siegermächte vom 16. Juni 1919 versprochen worden, Danzig werde sich „nun von neuem in einer Lage der großen Handelsblüte befinden, die der während so vieler Jahrhunderte von ihm eingenommenen ähnlich“ sei.

Man hätte also nach menschlicher Voraussicht annehmen können, daß die deutsche „Minderheit“ im polnischen Korridor — in Wahrheit war es eine Mehrheit — und die „Freie Stadt Danzig“ unter einer gewissen gesicherten Obhut, jedenfalls nicht ungeschützt, in das ungewisse Schicksal der Lostrennung von ihrem Mutterlande hineinschritten. Trotzdem, alles hing davon ab, wie Polen seine Macht, die ihm über Nacht in den Schoß gefallen war, gebrauchen würde. Wir können schon jetzt vorwegnehmen: Es ist alles ganz anders gekommen, als es unterschrieben war.

Einen Vorgeschmack von der wirklichen Politik, die das neue Polen im Schilde führte, gab bereits die Ausführung der im Versailler Diktat bestimmten Volksabstimmung in Oberschlesien.

Diese Abstimmung war auf den 21. März 1921 festgesetzt worden. Kaum war dieser Termin bestimmt, da beginnen schon die polnischen Versuche, der Entscheidung des Volkes vorzugreifen. Mit allen Mitteln versucht Polen, den Ausgang dieser Abstimmung in seinem Sinne zu beeinflussen, auch mit allen unerlaubten. Noch bevor die Interalliierte Kommission in Oberschlesien eingetroffen ist, organisiert es eine ge-

waltsame Besetzung. Es ist der „erste polnische Aufstand". Dieser erfolgt im Juli 1919. Er wird von der deutschen Polizei niedergeschlagen. Aber dieser Mißerfolg schreckte die Polen nicht ab.

Im August 1920 unternehmen sie den gleichen Versuch. Diesmal mit mehr Glück. Denn mittlerweile ist die internationale Besatzungsgruppe einmarschiert, die im wesentlichen von französischen Truppen — es sind 13000 Mann — gestellt wird. Und diese Besatzungstruppe, deren Aufgabe eigentlich die Gewährleistung der unbeeinflußten Abstimmung ist, sympathisiert mit den aufständischen Polen und macht mit ihnen gemeinsame Sache. Jetzt bricht der „zweite polnische Aufstand" los. An der Spitze steht Woizech Korfanty, der Plebiszitkommissar Polens für die Volksabstimmung, also der Mann, der in Wirklichkeit die Innehaltung von Ordnung und Gerechtigkeit bei der Abstimmung durch die Polen zu garantieren hatte. Mit einem Wort: eine Art Treuhänder! Ausgerechnet dieser Plebiszitkommissar stellt sich an die Spitze dieser Insurrektion. Er wird überhaupt in den nächsten Jahren zur Geißel Oberschlesiens.

Am 19. August 1920 bricht er von seinem Hauptquartier in Beuthen mit seinen Banden los, die mit Warschauer Gewehren und mit Warschauer Munition ausgerüstet sind. Zwar der beabsichtigte große Schlag gelingt nicht, denn die deutsche Sicherheitspolizei bleibt im großen und ganzen Herr der Lage. Aber mit Hilfe des Generals Le Rond setzt Korfanty wenigstens das eine durch, daß die deutsche Polizei aufgelöst wird. Damit ist ausreichend Boden für jede Wahlbeeinflussung bei der Abstimmung bereitet. Mit

Hilfe dieser Wahlbeeinflussung hofft er es dahin zu bringen, das Abstimmungsergebnis so weit als irgend möglich im polnischen Sinn zu korrigieren. Vor allem in den Industriekreisen Oberschlesiens sind nunmehr alle Schranken gegen eine Ausbreitung seiner Terrorbanden gefallen. Seit diesem August-Aufstand beginnt eine ununterbrochene Verfolgung deutschgesinnter Personen in den Kreisen Pleß, Rybnik, Kattowitz und Tarnowitz. Je näher die Abstimmung heranrückt, um so unerträglicher wird der von den Polen ausgeübte Terror. Ein offenes Bekenntnis zum Deutschtum, geschweige denn ein Werben für die deutsche Sache in diesen Gebieten ist fast unmöglich. Wer trotzdem aus seiner deutschen Gesinnung kein Hehl macht, ist Mißhandlungen und sonstigen Schädigungen ausgesetzt und muß seinen Mut nicht selten mit dem Leben bezahlen. Selbst die unter besonderem Schutz der Interalliierten Kommission stehenden Mitglieder der paritätischen Ausschüsse bleiben vor Verfolgungen nicht bewahrt. Zwei von ihnen, das Ausschußmitglied Ptachnik in Oberjatrzemb im Kreise Rybnik und das Ausschußmitglied Janik in Stein-Leschczin werden am 18. März 1920 ermordet. Andere Mitglieder müssen ihr Amt niederlegen, um nicht das gleiche Schicksal zu erleiden. Die Bevölkerung in diesen Kreisen wird mit aller Gewalt eingeschüchtert. Ein ausreichender militärischer Schutz steht ihr nicht zur Seite. Kein Wunder, hatte doch der Abstimmungskommissar Korfanty — ohne den geringsten Widerspruch der Abstimmungskommission zu erfahren — in einer Rede in Rosenberg zur offenen Gewalt sogar gegen die Reichs-Oberschlesier aufgefordert, wenn diese es wagen sollten, zur Abstimmung zu

kommen. Diese übten damit nur ihr verbrieftes Recht aus.

Am 21. März 1921 findet die Volksabstimmung in Oberschlesien statt. 707 393 Stimmen werden für Deutschland und 479 365 für Polen abgegeben. Gemessen an dem unerhörten Druck, den die polnischen Banden auf das Land gelegt hatten, war es für die Deutschen ein erfreuliches Resultat. Eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes erbringt den Nachweis, daß namentlich in den Kreisen Pleß, Rybnik und Tarnowitz Tausende von Stimmen unter Zwang für Polen abgegeben worden sind. Sie berichtet weiter, daß die Polen in den Tagen vor der Abstimmung sich sogar die Geschmacklosigkeit geleistet haben, in diesen Kreisen Ansichtspostkarten an die Abstimmungsberechtigten mit Bildern der von den polnischen Banden ermordeten und verstümmelten Personen aus dem Augustaufstand zu verschicken, die mit der Aufschrift versehen waren, daß es allen, die deutsch abstimmen würden, ebenso ergehen werde!

Aber selbst diese Herabdrückung der Zahl der für Deutschland abgegebenen Stimmen vermochte den Machthunger des Abstimmungskommissars Korfanty nicht zu befriedigen. Um so mehr, als die Möglichkeit bestand, daß das Abstimmungsgebiet auf Grund der deutschen Mehrheit Deutschland ungeteilt zuerkannt wurde. Dieser „drohenden", allein gerechten Lösung hat Korfanty sich wiederum mit allen Mitteln widersetzt. Jetzt reift bei ihm der Entschluß zu dem „dritten polnischen Aufstand", der alle Rechtsbrüche, Gewaltakte und Schandtaten der beiden vorhergegangenen in den Schatten stellt. Mit diesem Aufstand unternimmt es Korfanty, den „Ober-

sten Rat", der das Urteil über das Schicksal Oberschlesiens zu fällen hatte, einfach vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Und wie vorher erfreut er sich der mehr als wohlwollenden Neutralität der französischen Besatzungstruppe.

Am 1. Mai 1921 läßt Korfanty — er ist immer noch Abstimmungskommissar — durch ein Extrablatt der „Oberschlesischen Grenzzeitung" die Nachricht in ganz Oberschlesien verbreiten, die deutschen Großindustriellen hätten, in Gegenwart des deutschen Plebiszitkommissars, auf einer Versammlung beschlossen, schnellstens alle Gruben und Hütten zu vernichten und die Schuld an diesen Zerstörungen den Polen in die Schuhe zu schieben. Jedes Wort dieses mit satanischer Phantasie ausgeschmückten Berichtes war erstunken und erlogen. Aber das tut der Wirkung dieser Meldung keinen Eintrag. Sie erfüllte ihren beabsichtigten Dienst. Sie wird zum Losungswort für den „dritten polnischen Aufstand". 24 Stunden später setzt ein Streik eines Teiles der polnisch gesinnten Bergarbeiter ein. Die Einstellung der meisten Betriebe wird erzwungen. Und schon treffen ganze Züge bewaffneter Rebellen aus Kongreßpolen über die Grenze ein. In einer Nacht, es ist die Nacht vom 2. zum 3. Mai, wird das ganze Industriegebiet von den Horden der Aufständischen überschwemmt. Geschlossene Truppenverbände, die nachweislich von Polen nach Oberschlesien kommandiert waren, übernehmen die Führung der Aufständischen. Auch durch Lieferung von Gewehren, Maschinengewehren, Minenwerfern, von Artillerie und von Feldküchen hat die polnische Regierung nachweislich die Rebellen unterstützt. Diese so gebildete Insurgentenarmee haust in dem Abstim-

mungsgebiet wie eine wilde Horde. Die Deutschgesinnten werden aufs bitterste verfolgt, aufs äußerste gequält und oft sogar in grausamster Weise ermordet. In vielen Fällen werden den unglücklichen Opfern die Augen ausgestochen. Es ist genau das gleiche Schauspiel bestialischer Roheit, das sich den deutschen Truppen beim Einmarsch in die deutschen Gebiete in Westpolen im September 1939 bot, und das durch das Zeugnis der verschiedensten ausländischen Journalisten unwiderleglich erwiesen ist. Plünderungen und Brandschatzungen sind an der Tagesordnung. Es gibt ein besonderes Weißbuch des Auswärtigen Amtes von damals, in dem eine Liste der polnischen Greueltaten photographisch festgehalten ist — ein Dokument widerwärtiger, abstoßender Gemeinheit! Allein in der Stadt Hindenburg werden im Monat Mai 22 Deutsche ermordet und über 600 verschleppt. Einzelnen Städten, wie z. B. der Stadt Kattowitz, wird für mehrere Tage nicht nur das Licht, sondern auch das Wasser abgeschnitten! Es ist, als ob die Barbarei des Mittelalters wieder hereingebrochen sei!

Die Franzosen sehen diesem diabolischen Treiben mit verschränkten Armen zu. Nur die Italiener sind sich ihrer Pflicht bewußt. Sie stellen zwar nur ein paar Bataillone, aber sie retten die Ehre der Abstimmungstruppen. Der italienische Kreiskontrolleur in Ratibor ist nicht gesonnen, vor den polnischen Insurgenten die Waffen zu strecken. Es kommt zu einem blutigen Gefecht zwischen den Italienern und den polnischen Aufständischen. 30 Tote und etwa 50 Verwundete decken auf italienischer Seite das Schlachtfeld. Am 7. Mai kommt es bei Rybnik zu einem neuen Gefecht zwischen denselben italienischen Trup-

pen und den polnischen Banden. Wieder gibt es Tote und Verwundete, auf italienischer Seite 12 Tote und 71 Verwundete. Die Zustände sind so himmelschreiend, daß auch das englische Mitglied der interalliierten Kommission, der Oberst Percival, sie nicht mehr zu decken vermag. Er zieht es vor, sein Amt niederzulegen. Bis nach London pflanzt sich das Echo dieser „mazedonischen" Zustände fort. Am 13. Mai hält Lloyd George im Unterhaus eine Rede, in der er gegen das Willkürregiment der Polen Stellung nimmt. Er erklärt:

„Jetzt haben die Polen einen Aufstand veranstaltet und die Alliierten vor ein fait accompli gestellt. Dieser Schritt war ein vollständiger Bruch des Friedensvertrages von Versailles. Wenn wir die Situation nicht ganz gerecht behandeln, kann sie verhängnisvolle Folgen für den europäischen Frieden haben. Polen ist das letzte Land, das versuchen dürfte, gegen den Vertrag von Versailles zu verstoßen. ... Wenn Polen Erlaubnis bekäme, diese deutsche Provinz zu überrennen, so würde das ein böses Ende nehmen."

Aber alle diese moralischen Demonstrationen und Proteste haben nicht viel gefruchtet. Korfanty ist zum Schlusse doch Sieger geblieben, trotz aller seiner verwerflichen barbarischen Methoden. Denn er hat es fertig gebracht, seine Insurgententruppen im eigentlichen Industriegebiet stehenzulassen, dank der Duldung des Generals Le Rond und seiner Besatzungs-

armee. Und wenn er damals nicht ganz Oberschlesien mit seinen Banden überschwemmt hat, dann war dies lediglich das Verdienst des deutschen Selbstschutzes, der sich mittlerweile zusammengefunden hatte und ihm einen unüberwindlichen Damm entgegensetzte. Aber mit dieser seiner „Korfanty-Linie" hat Korfanty doch die Entscheidung vorweggenommen.

Als nämlich am 20. Oktober 1921 die Botschafterkonferenz in Paris die Entscheidung über das Schicksal des Abstimmungsgebietes bekanntgab, stellte sich heraus, daß das Prinzip der Teilung sich doch durchgesetzt hatte. Polen erhielt 33 Prozent des Abstimmungsgebietes und 42 Prozent der Gesamtbevölkerung mit fast einer Million Einwohnern. Die Grenzlinie ging mitten durch das einheitliche und organisch zusammengewachsene Industriegebiet. Dieser Spruch des Völkerbundsrates klang wie bitterer Hohn auf die Grundsätze einer gerechten Abstimmung, wie sie im Versailler Diktat standen, und wie eine Art Prämie auf die erpresserischen Terrormethoden des neuen polnischen Staates.

Korfanty selbst ist übrigens nicht zum Genuß der Früchte seines Sieges gelangt. Wenige Jahre später ist er wegen Betrugs ins Gefängnis gewandert! Das waren Polens „Helden"!

Es ist eines der traurigsten und schmählichsten Kapitel aus der Geschichte der ersten Nachkriegsjahre, die wahrlich nicht arm ist an Exzessen blinder Triebe — diese Vergewaltigung der Menschenrechte durch den polnischen Chauvinismus während der Volksabstimmung! Aber vielleicht war es doch nur eine Kinderkrankheit oder die Pubertätserscheinung eines noch unmündigen Staates? Vielleicht war es

auch nur eine Begleiterscheinung der allgemeinen Kriegspsychose? Und vielleicht würde mit deren Abklingen auch die Vernunft wieder in die polnischen Gehirne einkehren? Vielleicht bestand also noch Hoffnung auf Besserung?

Die Antwort auf diese Frage konnte erst die Zukunft ergeben. Sie ist negativ ausgefallen. Denn der polnische Staat hat diese blindwütende Gewaltpolitik ungemindert fortgesetzt, nicht nur in Oberschlesien. Und wer die Geschichte des polnischen Volkes und seines Staates kennt, den konnte dieser Lauf der Dinge nicht erstaunen. Ist doch die polnische Geschichte nichts anderes wie ein einziger Beweis der mangelnden Selbstdisziplin dieses Volkes, die nie im Verhältnis zu seinen Ansprüchen stand, und der Zusammenbruch des polnischen Staates in den drei Teilungen zwischen 1772 und 1795 nichts anderes wie das logische Fazit aus der Maßlosigkeit der polnischen Politik. Denn wie kann schließlich ein Volk andere Völker regieren, das sich noch nicht einmal selbst zu regieren vermag!

Es beginnt nun die Zeit der polnischen Herrschaft. Es war ein stattlicher Block von Deutschen, den Polen im sogenannten Korridor, also in den früheren Provinzen Posen und Westpreußen, übernommen hatte. Es sind schätzungsweise an die 2 Millionen deutscher Menschen gewesen. Sie genossen den Schutz des Minderheitenrechts, wie wir bereits erwähnt haben. Aber die tatsächliche Geschichte ihrer Existenz unter der neuen polnischen Herrschaft ist nichts anderes wie ein einziger Leidensweg.

Am 30. Januar 1920 trat der Versailler „Vertrag“ in Kraft. Spätestens an diesem Tage hätte im Korridorgebiet der Rechtszustand wieder eintreten müssen. Die Deutschen haben diesen Tag sicher herbeigesehnt. Ihre Hoffnungen wurden bitter enttäuscht. Denn, statt Recht walten zu lassen, bemüht sich Polen, jedes den Deutschen zustehende Recht, koste es, was es wolle, zu verdrehen, zu beugen und zu sabotieren. Ja es begnügt sich nicht mit dieser Politik der passiven Obstruktion, sondern entfaltet einen groß angelegten aktiven Kampf gegen das Deutschtum. Und dieser Kampf erstreckt sich auf alle Gebiete, das staatsbürgerliche, das wirtschaftliche, das kulturelle und das religiöse, ja sogar das private Leben.

Schon auf dem klaren und einfachen Sektor der Anerkennung der Staatsangehörigkeit beginnt dieser Kampf, in Form der Sabotage. Der polnische Staat sträubt sich mit einer unglaublichen Zähigkeit gegen das erforderliche Abkommen zwischen Deutschland und Polen über die Staatsangehörigkeit. Es dauert vier volle Jahre, bis zum 30. August 1924, bis endlich nach schärfstem Druck des Völkerbundes (!) unter der Zwangsvermittlung des belgischen Kommissars Kaekenbeck ein Abkommen zwischen Deutschland und Polen über diese elementarste Voraussetzung einer geordneten Regierung und Verwaltung abgeschlossen ist! Mittlerweile sind Zehntausende von Deutschen infolge der unklaren Rechtslage und der polnischen Schikanen, die sich unter dem „Schutze“ dieses Zwielichtes entwickeln, abgewandert. Denn während der gleichen Zeit führt Polen auch einen hinterlistigen Kampf um die Scholle.

Schon am 14. Juli 1920 wird ein Annul-

lationsgesetz erlassen. Damit hat Polen es eiliger als mit der Klärung der Staatsangehörigkeit! Das Gesetz heißt in deutschen Kreisen vielsagend das „Diebstahlgesetz". Denn durch dieses Gesetz wird der polnische Fiskus einfach als Eigentümer sämtlicher Grundstücke eingetragen, die früher im Besitz der deutschen öffentlichen Hand waren. Es war Deutschland nicht gelungen, hierüber in Verhandlungen zu kommen, obwohl sogar die Botschafterkonferenz in Paris anerkannte, daß über die Regelung der Rechte der von diesem Gesetz betroffenen deutschen Ansiedler und Pächter ein Vertrag zwischen Deutschland und Polen abgeschlossen werden müßte. Im Oktober 1921 ergeht auf Grund dieses „Gesetzes" an 3600 Ansiedler der Befehl, ihren Grund und Boden zu verlassen. Alle Anrufungen des Völkerbundes auf dem geordneten Rechtsweg verpuffen nutzlos. Die Verfahren gehen sogar bis an den Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag. Und dieser entscheidet — sowohl in der Annullationsfrage wie in der Staatsangehörigkeitsfrage — in einstimmigem Gutachten mit schonungsloser Schärfe dahin, daß Polen seine internationalen Verpflichtungen verletzt habe. Es ist dasselbe Polen, das selbst im Völkerbund sitzt! Aber nirgends findet sich ein starker Arm, um dem Recht Geltung zu verschaffen. Alle diese Entscheidungen bleiben auf dem Papier stehen. Sie bilden für Polen höchstens eine Ermutigung, seinen Ausrottungsfeldzug gegen das Deutschtum fortzusetzen.

Der Korridor ist im wesentlichen ein Agrargebiet. Der Akzent des Kampfes liegt darum vorwiegend auf der Beraubung des Grund und Bodens. Der Weg

ist die Enteignung. Als willkommenes Instrument zur Enteignung bietet sich die sogenannte Agrarreform. Diese Agrarreform mag vom sozialen Standpunkt aus eine durchaus diskutable Sache sein. Denn sie diente dem Zweck der Aufteilung und Parzellierung der enormen Latifundien in dem neuen polnischen Staat. Sie sollte also Bauern an die Stelle des Grundbesitzes setzen. Aber in der Hand der polnischen Regierung wird dieses segensreiche Prinzip zu einer politischen Waffe übelster Sorte. Die polnische Agrarreform wird zu einem Mißbrauch der modernen Sozialreform!

Dies Agrargesetz tritt im Jahre 1926 in Kraft. Infolge der Annullationen, der Liquidationen und der Angstverkäufe war damals der Anteil des deutschen Grundbesitzes im Korridor von mehr als der Hälfte im Jahre 1919 auf 40 Prozent zurückgegangen. Polen besaß also damals bereits 60 Prozent des nutzbaren privaten Grundbesitzes. Trotzdem wird diese Agrarreform fast ausschließlich auf Kosten des deutschen Grundbesitzes durchgeführt. Im Jahre 1926 werden nicht weniger als 96,6 Prozent von dem deutschen Grundbesitz, von dem polnischen dagegen nur 3,4 Prozent zur Aufteilung herangezogen. Jahr für Jahr wird diese Enteignungspolitik fortgesetzt. Immer mehr schrumpft die Fläche des deutschen Grund und Bodens zusammen. Im Jahre 1930 haben die Polen es glücklich dahin gebracht, daß der deutsche Grundbesitz nur noch 28 Prozent des gesamten privaten Grundbesitzes beträgt!

Aber Polen beschränkt sich in seiner Entdeutschungspolitik nicht nur auf die Verdrängung aus diesen Positionen. Parallel mit dem Wirtschafts-

kampf führt es einen *Kulturkampf*, der nicht minder hartnäckig, tückisch und brutal ist. Er konzentriert sich hauptsächlich auf die *deutsche Sprache* und die *deutsche Schule*. Mit diesem Vorgehen glaubt man das Deutschtum an der Wurzel treffen zu können. Auf dem Wege der Gesetzgebung *und* der Verwaltung wird das deutsche Schulwesen so in die Zange genommen, daß schließlich von diesem blühenden deutschen Kulturwerk nach zehn Jahren nur noch kümmerliche Reste übrigbleiben. Wir greifen nur ein Beispiel heraus: während es im Jahre 1925 immerhin noch 507 öffentliche deutsche Unterrichtsanstalten gab, waren es im Jahre 1928 nur noch 320!

Immer mehr sind die deutschen Eltern gezwungen, ihre Kinder in die polnischen Volksschulen zu schicken. Noch wütender ist der Kampf der Polen gegen die deutschen Gymnasien. Auch die evangelische Landeskirche wird mit allen Mitteln schikaniert. Sie ist einer der Hauptträger des Deutschtums, denn die Deutschen in Posen und Westpreußen sind zu vier Fünftel evangelisch. Hier wird das Vermögen frisch darauflos liquidiert und konfisziert, um den Gemeinden die finanzielle Grundlage zu entziehen. Für 393 Gemeinden sind 1929 nur noch 241 Geistliche vorhanden. Die übrigen sind hinausgeworfen oder hinausgegrault. Sogar die eigene kulturelle Interessenvertretung des Deutschtums bleibt nicht von den polnischen Attacken verschont. Es vergeht kein Jahr, in dem nicht Haussuchungen, Vernehmungen, Prozesse oder Beschlagnahmen und Bestrafungen gegen den „Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitenrechte in Polen" durchgeführt werden. Zuchthausstrafen für dessen füh-

rende Mitglieder sind keine Seltenheit. Vor allem die örtlichen Gerichte in Bromberg und Thorn tun sich durch besonders schneidiges Vorgehen und drakonische Strafen hervor.

Es ist ein bitterböser Kampf auf der ganzen Linie, der vor keinem Mittel zurückschreckt, geführt zu dem einzigen Zweck, dem Deutschtum das Leben so sauer wie möglich zu machen und es aus seiner Heimat zu vertreiben. Im Korridor regiert eine eiserne Faust. Und unter dem erbarmungslosen Zugriff dieser Faust bleibt Hunderttausenden von Deutschen, die seit Generationen dort gesessen, das Land im Schweiße ihres Angesichtes urbar gemacht und der Zivilisation erschlossen haben, die mit Gut und Blut sich den Rechtstitel auf dieses Land erkämpft haben, nichts anderes übrig, als den Stab in die Hand zu nehmen und eine Zuflucht im Deutschen Reich zu suchen. Rund 1,2 Millionen deutscher Bauern und Bürger sind nach zuverlässiger Schätzung in der Zeit vor 1933 auf diese Weise im Korridor von Haus und Hof vertrieben worden.

Aber gab es nicht die feierlichen vertraglichen Zusicherungen der Rechtssicherheit und der staatsbürgerlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Gleichberechtigung, die der deutschen „Minderheit" in Versailles durch Polen und die Siegermächte gewährt worden waren? War nicht sogar in dem „Minderheitenschutzvertrag" Artikel für Artikel und Satz für Satz jedes einzelne Recht der Minderheiten — das Recht auf Sprache, Schule, Religion, öffentliche Ämter, eigene Wohlfahrtseinrichtungen — garantiert worden? Hatte nicht sogar Clemenceau in seiner Note vom 24. Juni 1919 an den polnischen Ministerpräsidenten Pa-

derewski erklärt, daß der Zweck dieser Minderheiten-verträge der sei, die „allgemeinen Grundsätze der Freiheit und Gerechtigkeit" aufrechtzuerhalten? Alle diese unterschriebenen Verträge schienen vermodert und vergessen! Sie wurden ignoriert, ja mit Füßen getreten. Und diese offene Verhöhnung feierlicher Grundsätze geschah in einem Gebiet, das, wie mit Sicherheit gesagt werden kann, im Augenblick der Konstituierung des polnischen Staates von einer deutschen Mehrheit besiedelt war!

Aber diese 2 Millionen deutscher Volksangehöriger konnten sich vielleicht mit einem trösten. Es erging ihnen nicht besser als ihren 400 000 Volksgenossen, die in Ost-Oberschlesien durch die Entscheidung der Botschafterkonferenz im Herbst 1921 ebenfalls unter polnische Oberhoheit gelangt waren, wiewohl auch für sie die gleichen Schutzrechte galten wie für alle Minderheiten in Polen und wiewohl sie zusätzlich noch unter dem Schutze eines besonderen deutsch-polnischen Abkommens über die gegenseitige Behandlung der Minderheiten in Oberschlesien standen. Dieses war am 15. Mai 1922 in Genf unter dem Vorsitz des Schweizers Dr. Felix Calonder, der ehedem Schweizer Bundespräsident gewesen war, zustande gekommen. In diesem Abkommen — genannt Genfer Konvention — waren alle wirtschaftlichen, sozialen, verkehrspolitischen und kulturellen Fragen weitgehend geregelt.

Selbst dieses Abkommen war bereits reichlich spät gekommen! Denn in dem Interregnum zwischen dem Abzug der Interalliierten Kommission und dem Eintreffen der polnischen Polizei war es bereits zu einem

Terrorregiment prügelnder und mordender Banden gekommen, welche sich über die waffenlose deutsche Bevölkerung hermachten. Wochenlang zogen lange Wagenkolonnen über die oberschlesischen Landstraßen der deutschen Grenze zu! Vertriebene! Dann schien eine Zeit relativer Duldung in Ost-Oberschlesien anzubrechen. Auch sie hielt nicht lange an. Im Jahre 1926 tritt nämlich in Polnisch-Oberschlesien ein neuer Woiwode sein Amt an. Es ist der Woiwode Grazynski, der ehemaliger Aufständischenführer gewesen und Ehrenpräsident des „Schlesischen Aufständischen-Verbandes" geblieben war. Denn, man kann es kaum glauben, dieser Verband hat tatsächlich offiziell in Ost-Oberschlesien sich gebildet und weiterexistiert!

Grazynski hat diesem Amt des Ehrenpräsidenten des Aufständischen-Verbandes mehr Ehre gemacht als dem des obersten Verwaltungsbeamten! Mit seinem Regiment beginnt eine Ära der Schikanen, der Bedrückung und des Terrors gegen die deutsche Minderheit, das zeitweise an eine Kosaken-Okkupation erinnert. Grazynski ist schlau. Er greift nicht sofort zur offenen Gewalt. Dafür werden alle Tricks und Schliche der Verwaltungspolizei angewandt, um die deutsche Bevölkerung zu quälen und so zu verdrängen. Polizeistrafen bei noch so ungerechtfertigten Anlässen, polizeiliche Vorladungen, die jedesmal den Verlust eines Arbeitstages bedeuten, werden verhängt. Ungerechte Steuerveranlagungen ergehen, Verweigerung und Entziehung von behördlichen Konzessionen erfolgen. Von Zulassung zu staatlichen Ämtern ist überhaupt keine Rede. Politische und Wahlversammlungen gibt es für die deutsche Minderheit nicht. Die Wah-

len erfolgen unter Druck. Die Pressefreiheit ist aufgehoben.

Wir greifen zwei Fälle heraus, die diese „mazedonischen" Zustände schlagartig beleuchten. Der erste dreht sich um das Schulwesen der deutschen Minderheit, der zweite um das politische Wahlrecht.

Es ist Ende Mai 1926. In Ost-Oberschlesien sind die Anmeldungen für die deutschen Minderheitsschulen abzugeben. Jeder Elternteil, der sein Kind zur Minderheitenschule anmeldet, muß die folgende schriftliche Erklärung abgeben: „Ich erkläre, daß das oben angeführte Kind zur deutschen Sprachminderheit gehört." Das ist schon eine gelinde Erschwerung gegenüber den Bestimmungen der Genfer Konvention, die eine mündliche Erklärung für ausreichend erklärt. Trotzdem erreicht die Summe der Anmeldungen die Zahl 8560. Als diese Ziffer bekannt wird, bricht in der Schulabteilung der Woiwodschaft Entsetzen aus. Schon in den Jahren 1924 und 1925 hatte nämlich die Zahl der Anmeldungen beängstigend zugenommen. Diese neue Ziffer ist wieder ein Ruck nach oben. Die Woiwodschaft greift ein. Sämtliche Eltern werden vorgeladen. Im Laufe weniger Wochen werden 5784 Personen einzeln vernommen und einem inquisitorischen Verfahren unterworfen. Die Aktenberge schwellen an. Aber dabei kommt nicht viel heraus. Es bleiben nur 391 Anmeldungen übrig, bei denen man wegen eines Formfehlers einhaken kann. Die Woiwodschaft geht weiter, sie streicht 1307 Schüler von der Liste, weil die Eltern nicht zu der — übrigens vertragswidrigen — persönlichen Vernehmung erschienen seien. Und schließlich, als auch diese Streichung sich nur als Flickwerk er-

weist, verfügt sie diktatorisch, daß 5205 Anmeldungen zu streichen seien, und zwar mit der an den Haaren herbeigezogenen Begründung, alle diese Kinder gehörten nicht der deutschen Minderheit an. Also logisch ein circulus vitiosus! Damit waren von 8560 Anmeldungen nicht weniger als 7114 für null und nichtig erklärt! Eine flagrante Rechtsbeugung im vollen Licht der europäischen Öffentlichkeit!

Der „Deutsche Volksbund", die Interessenvertretung der deutschen Minderheit, reicht sofort eine Beschwerde bei dem Präsidenten Calonder ein. Nach gründlicher und gewissenhafter Prüfung des Falles erläßt dieser ehemalige Schweizer Bundespräsident sein Urteil. Die Vorladungen und Vernehmungen stehen – nach diesem Urteil – „im Widerspruch zu den Artikeln 75 und 131 der Genfer Konvention". Die Streichung der 5205 Anmeldungen ist ebenfalls ungesetzlich. Calonder erklärt: „Das Recht der Erziehungsberechtigten, souverän zu entscheiden, ob die Schulsprache des Kindes, für dessen Erziehung er verantwortlich ist, die deutsche oder die polnische sein soll, geht zweifellos so weit, daß es ihm freisteht, eines seiner Kinder in die Minderheitenschule und die anderen in die Mehrheitsschule zu schicken." Schärfer konnte das verbriefte Recht der Eltern in diesem Falle nicht bestätigt werden! Calonder faßt sein Urteil dahin zusammen, daß die ganze „allgemeine administrative Untersuchung unzulässig" gewesen sei. Und er fordert aus diesem Grund die Überweisung sowohl der 1307 zurückgewiesenen wie auch der 5205 gestrichenen Schüler „ex officio" in die deutschen Minderheitsschulen – also die glatte Rück-

gängigmachung des Willküraktes der polnischen Schulverwaltung unter Grazynski.

Man hätte meinen sollen, mit diesem Urteil eines hohen, unparteiischen Richters sei der Fall beigelegt. Weit gefehlt! Die polnische Regierung verlegt sich jetzt auf die Berufung an den Völkerbund mit seinem langwierigen Instanzenweg und Verfahren. Im August 1928 landet der Fall, endlich, bei dem Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag. Das Urteil fällt nicht anders aus wie das des Präsidenten Calonder. In diesen zwei Jahren, während das Verfahren „schwebt", aber hatte der Wojwode Grazynski freie Hand gehabt. Und selbst als das Urteil des Haager Schiedsgerichts ergangen ist, läßt er sich auch von diesem nicht imponieren. Die Schikanierungen und Einschüchterungen der deutschen Eltern gehen weiter. Im Sommer 1928 schließt der Wojwode kurzerhand 16 deutsche Minderheitsschulen. Und während noch das Haager Gericht sich mit dem Fall beschäftigt, hat er es im Jahre 1928 dahin gebracht, daß von fast 9000 Anmeldungen im Jahre 1926 die Zahl in diesem Jahr auf 2500 gesunken ist!

Der zweite Fall hängt mit dem schlesischen Sejm, also der Volksvertretung von Ost-Oberschlesien, zusammen. Schon die Gemeindevertretungen in vielen Städten waren dem Wojwoden Grazynski ein Dorn im Auge. Denn sie wiesen in vielen Fällen eine deutsche Mehrheit auf. Als im Mai 1927 wieder Gemeindewahlen sind, da wird in Rybnik von dem Aufständischen-Verband ein „Exempel statuiert". Nicht umsonst ist Grazynski der Ehrenvorsitzende dieses Verbandes. Während die Deutschen die Wahllokale aufsuchen, um ihr Wahlrecht auszuüben,

fällt eine Horde Bewaffneter über Rybnik her. Die Polizei ist wie vom Erdboden verschwunden. Dieser Übergriff ist so provozierend, daß sogar der schlesische Sejm, in dem die Polen die Mehrheit haben, einen Untersuchungsausschuß über die Rybniker Vorgänge einsetzt. Grazynski tobt. Mit Recht! Denn der Bericht der Kommission ist für die polnischen Behörden alles andere als schmeichelhaft. Besonders die Untätigkeit der Polizeibehörden wird scharf getadelt. Aber der Bericht wird unterdrückt. Trotzdem ist der Sejm in seiner ganzen Zusammensetzung dem Wojwoden unbequem. Grazynski sinnt auf Mittel und Wege, wie er diesen lästigen Aufpasser loswird. Er hat sich in Warschau gedeckt. Am 13. Februar 1929 erfolgt über Nacht die Auflösung des schlesischen Sejm — ein Akt reiner Willkür! Im gleichen Zug mit diesem Überraschungscoup wird der deutsche Abgeordnete Otto Ulitz, der Vorsitzende des deutschen Volksbundes, verhaftet. Der Aufhebung seiner Immunität hatte der Sejm sich beharrlich widersetzt! An diese Verhaftung schließt sich ein Monstreprozeß gegen diesen deutschen Abgeordneten. Der deutsche Volksbund soll bei dieser Gelegenheit abgewürgt werden.

Am 16. November 1930 finden die Neuwahlen zum polnischen Sejm und am 23. November zum polnischen Senat statt. Es muß unter allen Umständen verhindert werden, daß irgendein deutscher Abgeordneter in den Sejm und den Senat einzieht. Das ist Grazynskis fester Vorsatz. Dafür setzt er alle Hebel in Bewegung. Allein im Wahlkreis Kattowitz werden 30000 deutsche Wähler aus den Listen gestrichen. Tag für Tag vor dem Wahltermin werden

deutsche Volksangehörige überfallen, verprügelt oder verschleppt. Für den 19.–26. Oktober wird durch öffentliche Plakate, sage und schreibe, eine „antideutsche Woche" angekündigt! Der „Verband der Aufständischen" ist der eigentliche Herr in Oberschlesien. Es sieht im Lande beinahe wie während der Aufstände vor und nach der Volksabstimmung im Jahre 1921 aus. Am tollsten ist der Überfall in Hohenbirken in der Nacht vom 19. zum 20. November 1930, wo die Aufständischen eine von Deutschen bewohnte Häusergruppe überfallen, eine ganze Reihe von deutschen Personen in ihren Wohnungen halbtot schlagen und ihre Wohnungen demolieren, ohne daß die dortige Polizei auch nur einen Finger rührt.

Diese haarsträubenden Zustände sind sogar der damaligen deutschen Regierung zu viel. In einer Note, unterschrieben von dem damaligen Außenminister Dr. Curtius, protestiert sie bei dem Völkerbund in Genf nachdrücklich gegen die „flagrante Verletzung" der Genfer Konvention durch die „Gewalttaten" der Polen gegen die deutsche Minderheit und überreicht gleichzeitig eine Denkschrift hierüber. In dieser Denkschrift sind allein zehn Fälle von Überfällen durch die „Aufständischen" genau aufgezählt, als Beleg für das „wahre Gewaltregiment", das diese dort ausüben. Dabei sind diese Fälle, so heißt es in der Denkschrift, aus einer großen Zahl nur herausgegriffen. Zum Schluß gibt die deutsche Regierung ihrer Erwartung Ausdruck, daß „der Völkerbundsrat diejenigen Maßnahmen ergreift, die notwendig sind, um dem Zustand der Rechtslosigkeit und Bedrückung abzuhelfen, unter dem die deutsche Minderheit

in Oberschlesien zu leiden hat". Aber dabei bleibt es. Wie immer, so verläuft auch diese Beschwerde beim Völkerbund im Sand. Nach einigen Wochen erscheint zwar ein Bericht. Er stammt aus der Feder des japanischen Vertreters Joshisawa, und dieser Bericht bezeichnet es sogar als „wünschenswert", daß die polnische Regierung die Beziehungen zwischen dem „Aufständischen-Verband" und den schlesischen Behörden löse, damit die deutsche Minderheit „das Gefühl des Vertrauens wiedergewinne". Aber das ist auch alles. Die Aktenschränke in Genf haben viel Platz. Und der Woiwode Grazynski in Kattowitz sitzt zu fest im Sattel, er hat in Warschau offenbar hohe Gönner. Sonst hätte er nicht bis in den September 1939 sich in seinem Amte halten können!

Er kann mit Stolz von sich sagen, daß er rund 100000 Deutsche aus seiner Provinz vertrieben hat.

Selbst die „Freie Stadt" Danzig hat diesen unbändigen polnischen Chauvinismus verspüren müssen. An sich lag kaum ein greifbarer Anlaß hierzu vor. Denn die „Freie Stadt" stand ausdrücklich „unter dem Schutz des Völkerbundes". Und die einzigen Rechte, die Polen hinsichtlich dieser Stadt eingeräumt waren, bestanden in der gemeinsamen Zollgrenze, der Einrichtung einer polnischen Freizone im Hafen, der freien Benutzung des Hafens, der Überwachung und Verwaltung der Weichsel wie der Eisenbahn, des Postverkehrs zwischen Polen und dem Hafen und in der „Leitung der auswärtigen Angelegenheiten" der „Freien Stadt". Trotzdem haben alle diese Bestimmungen für Polen als Vorwand dienen müssen, sich wie durch einen schmalen Spalt immer weiter in die Angelegenheiten der „Freien Stadt"

Danzig hineinzuzwängen. Dies Manöver setzte bereits bei der Interpretation der grundlegenden Bestimmungen des Versailler „Vertrags" durch Polen ein. Schon bei dieser Materie stellten sich Reibereien mit dem Senat der Stadt Danzig heraus. Wie fast immer mußte Polen sich auch in diesem Fall eine Rüge gefallen lassen, nämlich durch den Hohen Kommissar, der in einem Schreiben vom 4. Juni 1923 seine „großen Bedenken" gegen eine uneingeschränkte Anerkennung der polnischen Ansicht über den Vertrag von Versailles zum Ausdruck brachte. Auch dieser deutliche Wink hat natürlich keinen Eindruck gemacht. Polen hat unbeirrt und konsequent den Weg verfolgt, seine wenigen Hoheitsrechte über Danzig zum Zwecke einer Polonisierung dieser urdeutschen Stadt auszuweiten und auszubauen.

Das Recht der „Überwachung und Verwaltung" der Eisenbahn wurde so ausgelegt, daß eine eigene polnische Eisenbahndirektion mit einem eigenen aufgeblähten Beamtenapparat eingerichtet wurde. Der Erfolg: während im Jahre 1921 der Anteil der Polen an den Eisenbahnbediensteten in Danzig nur 3 Prozent betragen hatte, war er im Jahre 1938 auf 90 Prozent gestiegen! Fast alle ehemaligen deutschen Beamten waren dieser Umschichtung zum Opfer gefallen. Auch die Post versuchte Polen mit Beschlag zu belegen. In diesem Fall stand ihm nur das Recht der Überwachung und Verwaltung des Postverkehrs *zwischen Polen und dem Hafen* zu. Trotzdem leuchteten an einem Januarmorgen des Jahres 1925 plötzlich Dutzende polnischer Briefkästen von allen möglichen Straßenecken in der Stadt selbst, die Polen eigenmächtig angebracht hatte. Dieser „Brief-

kasten-Fall" ist damals als Sensation durch die ganze europäische Presse gegangen. Der Genfer Völkerbund, der wegen dieses Rechtsbruches von der Stadt Danzig angerufen wurde, war nicht in der Lage oder auch nicht willens, diese Kästen wieder abzuschaffen. Sie blieben hängen. Ähnliche Rechtsverdrehungen probierte Polen in der „Führung der auswärtigen Angelegenheiten", zum Teil mit, zum Teil ohne Erfolg. Der gröbste Vertragsbruch aber war und blieb die Errichtung des Munitionslagers auf der Westerplatte, einem Platz, der unmittelbar an die Weichselmündung grenzt und diese beherrscht.

Obwohl in der Danziger Verfassung auf Wunsch des Völkerbundes ein Artikel aufgenommen war, „daß die ‚Freie Stadt' nicht als Militär- oder Marinebasis dienen solle, daß sie keine Festungswerke errichten, noch die Herstellung von Munition und Kriegsmaterial auf ihrem Gebiete gestatten" dürfe, räumt derselbe Völkerbund Polen am 14. März 1924 das Recht ein, im Danziger Hafen ein Munitionslager „zum Löschen, Einlagern und zur Weiterbeförderung von Kriegsbedarf und Sprengstoff nach Polen" zu unterhalten. Damit war, unter Hilfe des Völkerbundes, die erste Bresche in den Schutzring der Paragraphen gelegt. Der nächste Schritt bestand darin, daß dieses „Munitionslager" Stein für Stein zu einem militärischen Stützpunkt ausgebaut wurde. Auch dieses Mal leistete der Völkerbund Beihilfe. Im November 1925 wurde Polen von diesem eine ständige „Wachmannschaft von 88 Mann polnischen Militärs" gewährt. Jetzt war es, halb und halb, schon ein militärischer Stützpunkt. Aber erst die Eroberung der Westerplatte durch die deutschen Truppen am 9. Sep-

tember 1939 hat vor aller Welt bloßgelegt, zu welchem schwerbefestigten Fort mit allen Schikanen der modernen Verteidigungstechnik dieses „Munitionslager" im Laufe der Jahre ausgestaltet worden ist.

Dieser „Fall Westerplatte" ist ein Musterbeispiel für die polnische Taktik. Wenn es nicht auf direktem Weg geht, dann auf Umwegen und Schleichwegen. Das einmal ins Auge gefaßte Ziel aber wird nie aus dem Auge verloren.

Trotzdem, alle diese Eingriffe sind fast harmlos im Vergleich zu dem eklatanten Rechtsbruch, den Polen an der „Freien Stadt" Danzig als solcher begangen hat. Dieser Rechtsbruch besteht darin, daß Polen, das geradezu stürmisch den „offenen und freien Zugang zum Meere" auf der Pariser Konferenz gefordert und unter Berufung darauf auch die Hand nach Danzig ausgestreckt hatte, jetzt in demselben Augenblick, da Danzig zur „Freien Stadt" erklärt worden war, die Front wechselte, und ohne jede Rücksicht auf Danzigs Existenz in Gdingen unter dem Aufwand enormer Mittel einen Konkurrenzhafen aus dem Boden stampfte!

Wie war der Hergang?

Polen genoß im Danziger Hafen jede denkbare Vergünstigung. Danzig gehörte sowieso zum polnischen Zollgebiet, Polen besaß freie Benutzung der gesamten Hafenanlagen, und die polnische Schiffahrtsstraße der Weichsel führte direkt in den Danziger Hafen. Gerade weil Polen den „freien und sicheren Zugang zum Meere" beanspruchte, war Danzig vom Deutschen Reich losgetrennt und waren Polen alle diese Vergünstigungen in Versailles eingeräumt worden. „Danzig, der größte Weichselhafen, bedarf drin-

gend engster Beziehung zu Polen." So hatte Clemenceau aus diesen Gründen in Versailles am 16. Juni 1919 der deutschen Delegation geantwortet, als diese gegen die Lostrennung von Danzig protestierte. Und der erste Völkerbundkommissar in Danzig, der Engländer Sir Richard Haking, hatte, dieser Linie streng folgend, am 15. August 1921 Polen die Verpflichtung auferlegt, „vollen Gebrauch vom Danziger Hafen zu machen". Trotzdem beginnt für den Danziger Hafen alsbald eine Periode schmählicher Vernachlässigung durch Polen. Und im Jahre 1924 wird in dem polnischen Fischerdorf Gdingen, rund 15 km nördlich von Danzig, der erste Spatenstich für einen neuen Hafen getan. Innerhalb weniger Jahre wachsen hier aus den Sanddünen in amerikanischem Tempo hochmoderne Kaianlagen, Lagerhäuser und Wolkenkratzer. Alles nur zu dem einen Zweck, Danzig auszuschalten und ihm den Atem abzuschnüren! Jahr um Jahr schnurrt der Hafenverkehr in Danzig zusammen, während der in Gdingen sprunghaft wächst. Dazu kommt die polnische Tarifpolitik im Binnenland. Mit ihrer Hilfe werden die polnischen Importeure und Exporteure dazu verlockt, den Weg über Gdingen dem über Danzig vorzuziehen. Der Danziger Hafen verödet. Im Jahre 1930 ist der Gdinger Hafen bereits mit 30,8 Prozent am seewärtigen Warenverkehr Polens beteiligt, Danzig dagegen nur noch mit 69,2 Prozent.

Die Danziger Regierung stellt Klageantrag beim Völkerbund wegen Verletzung der Verpflichtungen durch Polen und ruft den Schutz des Völkerbundes an. Drei Jahre dauert der Rechtsstreit. Gutachten über Gutachten werden eingefordert und erstattet. Und der

Erfolg? Im Jahre 1933 hat Gdingen den Danziger Hafen bereits überflügelt! Der Gesamtumschlag in Gdingen beträgt 6,10 Millionen Tonnen und in Danzig nur mehr 5,15 Millionen Tonnen! Dabei beziehen sich diese Ziffern auf den gesamten Warenumschlag, während die Bilanz bei einer Einzelprüfung noch ungünstiger für Danzig ausfällt. Denn die wertvollen Stückgüter, deren Spedition für den Handel wirklich lohnend ist, gehen fast alle über Gdingen, und nur die weniger einträglichen Massengüter, wie z. B. Kohle, werden Danzig überlassen. Danzig ist zum „Ergänzungshafen" für Gdingen degradiert. Der blühende Zuckerhandel, der Getreidehandel und der Baumwollhandel in Danzig sind ruiniert. Das Ziel der polnischen Handelspolitik ist erreicht. Zu diesem gleichen Zweck war auch noch die sogenannte „Kohlen-Magistrale", also eine direkte Bahnverbindung zwischen Kattowitz und Gdingen, gebaut worden, hauptsächlich mit französischem Kapital. Auf dieser zweigleisigen Strecke rollen nunmehr Tag und Nacht die Züge vom oberschlesischen Industrierevier nach dem neuen Hafen Gdingen, an Danzig vorüber. Alles, als ob nicht auch die Weichsel existierte, die Polen als die „natürliche Wasserstraße" seines Landes für sich reklamiert hatte!

Auch die Verwaltung dieses Stromes ist ein trauriges Kapitel der polnischen Regierungskunst im Korridor. Man stelle sich einmal auf den Deich längs der Weichsel in der Nähe von Marienwerder, da wo Ostpreußen an den Strom grenzt! Und niemand, der dort hinunter auf das breite Tal der Weichselniederung geblickt hat, wird dieses Bild je vergessen. Die hohen Böschungen am Ufer sind verfallen, die Buhnen, die

schräg in den Strom hinausragen, sind verwahrlost und zeigen Lücken und Risse, im Strombett tauchen Sandinseln auf, die Fahrrinne wandert ständig. So „pflegt" der polnische Staat diesen seinen natürlichen Wasserweg zur See! Auch der Verkehr ist spärlich. Nur selten taucht ein Schleppzug mit wehender Rauchfahne auf. So ist auch der Schiffsverkehr auf diesem Hauptwasserweg Polens in den 20 Jahren seit der Abtretung durch Deutschland nicht nur nicht gestiegen, sondern auf 3/4 des Vorkriegsverkehrs gesunken. Und wie ein sichtbares Symbol für dieses „Interesse" Polens an seiner „Hauptwasserstraße" erscheint der Abbruch der berühmten Münsterwalder Brücke über die Weichsel durch die Polen. Diese Brücke, die kurz vor dem Krieg von der preußischen Verwaltung erbaut worden war, ist von den Polen in der Zeit zwischen 1928 und 1931 Stück für Stück abgerissen worden. Jeder denkende Mensch greift sich unwillkürlich an den Kopf über diese Wahnsinnstat. Denn diese Brücke war eine der modernsten und größten in ganz Europa. Sie war mit ihren fünf weitgespannten Bögen über einen Kilometer lang und hatte neun Millionen Mark gekostet. Anstatt dieses Verkehrsmittel zu hegen und zu pflegen, haben die Polen unter Aufwand erneuter Kosten es mühselig abgetragen und zum Schluß noch die Pfeiler im Strom herausgesprengt, nur damit möglichst keine Verbindung für Handel und Wandel durch den Korridor übrigblieb. Dieser Abbruch der Münsterwalder Brücke mutet wie der Gipfel der Verblendung an.

Blickt man zurück auf den Ausgangspunkt dieser Periode, den Versailler „Vertrag" und die Minderheitenverträge, dann fehlt für jeden vernünfti-

gen Menschen jede Verbindungsbrücke. Polen hatte genau bestimmte Verpflichtungen übernommen, als es Millionen deutscher Volkszugehöriger im Jahre 1919 übernahm. Es hat keine von diesen Verpflichtungen innegehalten, sondern umgekehrt eine systematische Ausrottungspolitik gegen alles Deutsche betrieben. Das Tempo und die Dynamik mag geschwankt haben, der Wille und das Ziel ist immer das gleiche geblieben. Fünfzehn Jahre hat Polen stur und fanatisch dem Ziel der Entdeutschungspolitik nachgejagt.

Aber noch immer war es nicht zu spät — für eine Umkehr. Denn im Jahre 1933 erfolgt in Deutschland der Machtantritt des Nationalsozialismus. Und mit ihm ergibt sich eine seltene Chance für Polen.

Die große Chance

Es ist fast auf den Tag genau ein Jahr her seit dem Regierungsantritt Adolf Hitlers, da bringen die Zeitungen eine Nachricht, die wie eine Sensation einschlägt. Am 26. Januar 1934 haben die deutsche und die polnische Regierung einen Nichtangriffspakt miteinander geschlossen. Schon diese Überschrift offenbart einen völligen Kurswechsel. Es ist, wie wenn der Führer des neuen Deutschland einen Strich unter die Vergangenheit ziehen und ein neues Kapitel der deutsch-polnischen Geschichte aufschlagen wollte.

Bereits der erste Satz dieses Abkommens bringt diesen neuen Kurs klipp und klar zum Ausdruck: „Die deutsche Regierung und die polnische Regierung

halten den Zeitpunkt für gekommen, um durch eine unmittelbare Verständigung von Staat zu Staat eine neue Phase in den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einzuleiten." Dieser Pakt soll also nicht nur der Schlußstrich unter eine Vergangenheit, sondern zugleich die Schwelle für den Eintritt in eine neue Zukunft sein. Dieser Sinn des Paktes stand auch unumwunden in den beiden Schlußsätzen:

„Die durch diese Grundsätze (der direkten, friedlichen Regelung von Streitfragen) geschaffene Friedensgarantie wird den beiden Regierungen die große Aufgabe erleichtern, für Probleme politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art Lösungen zu finden, die auf einem gerechten und billigen Ausgleich der beiderseitigen Interessen beruhen. Beide Regierungen sind der Überzeugung, daß sich auf diese Weise die Beziehungen zwischen ihren Ländern fruchtbar entwickeln und zur Begründung eines gutnachbarlichen Verhältnisses führen werden, das nicht nur ihren beiden Ländern, sondern auch den übrigen Völkern Europas zum Segen gereicht."

Diesem Sinn entsprach auch die vorläufig zehnjährige Dauer der Abmachung. Denn niemand in der Welt kann daran zweifeln, daß Adolf Hitler es mit diesem Bekenntnis bitter ernst gemeint hat. Es war für ihn der Vorstoß in eine bessere Zukunft der beiden Völker. Er hatte diesen Gedanken auch schon länger erwogen. Schon ein Vierteljahr vorher hatte er sich

öffentlich zu der Versöhnung zwischen Deutschen und Polen bekannt. In seiner großen Rede im Berliner Sportpalast am 24. Oktober 1933 hat er darüber folgendes vor aller Welt erklärt:

> „Es gibt in Europa Deutsche. Es gibt in Europa Polen. Die beiden werden sich daran gewöhnen müssen, nebeneinander und miteinander zu leben und auszukommen. Weder können die Polen das deutsche Volk aus der europäischen Landkarte wegdenken, noch sind wir unverständig genug, um etwa die Polen wegdenken zu wollen. Wir wissen, beide sind da. Sie müssen miteinanderleben."

Seit am 26. Januar 1934 das Abkommen unterzeichnet war, da gab es kein Wort mehr der Polemik oder der Unfreundlichkeit gegen Polen in Deutschland. Die deutsche Führung sorgte dafür, daß im gesamten öffentlichen Leben, in der Presse, in der Literatur und in den Versammlungen eine Atmosphäre des guten Willens und der gegenseitigen Verständigung sich durchsetzte. Bücher über Polen erschienen in großer Anzahl, insbesondere über den Marschall Pilsudski. Sogar seine Werke und politischen Schriften kamen in deutscher Übersetzung heraus. In der Presse nahm das Thema „Polen" bald einen breiten Raum ein. Adolf Hitler versäumte selten eine Gelegenheit, wenn er öffentlich das Wort ergriff, auch die Sache der deutsch-polnischen Verständigung zu fördern und der epochalen Bedeutung des Abkommens vom 26. Januar 1934 zu gedenken. Besonders anerkennend gedachte er mit Vorliebe des „großen Soldaten" Pilsudski. Und in seiner großen Reichstags-

rede vom 21. Mai 1935 — es ist die berühmte Friedensrede mit den dreizehn Punkten — widmete er dem Nichtangriffsvertrag einen besonderen Platz. Er erwähnte ihn mit folgenden Worten:

„Deutschland hat mit Polen ohne Rücksicht auf das Vergangene einen Gewaltausschließungsvertrag abgeschlossen, als einen weiteren mehr als wertvollen Beitrag zum europäischen Frieden, den es nicht nur blind halten wird, sondern von dem wir nur den einen Wunsch haben, einer stets aufs neue zu erfolgenden Verlängerung und einer sich daraus immer mehr ergebenden freundschaftlichen Vertiefung unserer Beziehungen."

Und am Ende dieses Abschnitts seiner Rede stand der lapidare Satz:

„Das Deutsche Reich und insbesondere die heutige deutsche Regierung haben keinen andern Wunsch, als mit allen Nachbarstaaten friedlich und freundschaftlich zu verkehren."

Aber schon als der Führer des deutschen Volkes dies erneute Bekenntnis zur Sache der deutsch-polnischen Verständigung ablegte, war ein leichter Schatten auf dieses Freundschaftswerk gefallen. Polen hatte nämlich die Völkerbundstagung im September 1934 dazu benutzt, sich seiner vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den Minderheiten zu entledigen. Die deutsche Regierung hat keine Notiz von diesem sonderbaren Vorgehen genommen. Sie war großzügig genug, darüber hinwegzusehen, um ja nicht das Wachstum des frisch gepflanzten Baumes der deutsch-polnischen Verständigung zu gefährden.

Am 12. Mai 1935 schloß der Marschall Pilsudski

die Augen. Mit ihm war die Säule der Sache der Verständigung in Polen gestürzt. Und von jetzt an merkt man deutlich, daß die Elemente der Resistenz gegen den neuen Kurs wieder aufleben und alle üblen Instinkte des polnischen Chauvinismus wieder freien Lauf haben. Der Faden wird genau wieder da angeknüpft, wo er 1933 abgerissen ist. Die deutschen Schulen werden weiterhin eine nach der andern geschlossen, die Zeitungen verboten, die deutschen Vereine verfolgt und die Agrarreform wird genau so zum Nachteil der deutschen Minderheit weiter betrieben wie vordem. Ein deutliches Symptom ergibt der Ablauf des Genfer Abkommens in Oberschlesien am 14. Juli 1937. Eine neue Ersatz-Vereinbarung kommt nicht zustande. Das Abkommen, das an die Stelle tritt, beschränkt sich nur auf allgemeine Richtlinien. Man beschränkt sich auf diese Allgemeinheiten, um es nicht zum offenen Bruch kommen zu lassen. Am extremsten führt sich wie früher der Woiwode Grazynski in Ost-Oberschlesien auf. Die großen Industriewerke, im Besitz des Fürsten Pleß, sollen nun auch völlig von Deutschen gesäubert werden. Riesige Steuerschulden, die Jahre zurückliegen sollen, werden plötzlich „entdeckt". Die Summen gehen weit über die Vermögenskräfte selbst dieses reichen Industriemagnaten hinaus. Der Fürst von Pleß muß den Wanderstab in die Hand nehmen. Genau so ergeht es der Familie des Grafen Henckel-Donnersmarck. Der Brief, den die Gräfin Henckel-Donnersmarck Ende August 1939 aus Ungarn an Frau Chamberlain in London gerichtet hat, hat der Welt einiges von dem Elend verraten, das der Woiwode Grazynski über diese Familie gebracht hat.

Von Deutschland wird, trotz dieser Rückschläge, unbeirrt an dem eingeschlagenen Kurs festgehalten. Bis auf ganz seltene zahme und höfliche Winke in der deutschen Presse wird nach wie vor Polen loyal und freundschaftlich behandelt. Auch die polnische Minderheit in Deutschland — wenn der Ausdruck „Minderheit" auf die über ganz Deutschland verstreuten polnischen Industrie- und Landarbeiter überhaupt zutrifft — erfreut sich der gleichen korrekten Behandlung wie vorher, obwohl es ein leichtes wäre, Repressalien zu ergreifen. Es ist darum nicht nur das formelle, sondern auch das moralische Recht des Führers, als er Ende März 1939 an die polnische Regierung herantritt und ihr das folgende Angebot unterbreitet:

„1. Danzig kehrt als Freistaat in den Rahmen des Deutschen Reiches zurück.

2. Deutschland erhält durch den Korridor eine Straße und eine Eisenbahnlinie zur eigenen Verfügung mit dem gleichen exterritorialen Charakter für Deutschland, als der Korridor ihn für Polen besitzt. Dafür ist Deutschland bereit:

   1. sämtliche wirtschaftlichen Rechte Polens in Danzig anzuerkennen;
   2. Polen in Danzig einen Freihafen beliebiger Größe und bei vollständigem freien Zugang sicherzustellen;
   3. damit die Grenzen zwischen Deutschland und Polen endgültig als gegebene hinzunehmen und zu akzeptieren;

4. einen 25jährigen Nicht-Angriffspakt mit Polen abzuschließen, also einen Pakt, der weit über mein eigenes Leben hinausreichen würde, und

5. die Unabhängigkeit des slowakischen Staates durch Deutschland, Polen und Ungarn gemeinsam sicherzustellen, was den praktischen Verzicht auf jede einseitige deutsche Vormachtstellung in diesem Gebiet bedeutet."

Die polnische Regierung aber lehnt dieses Angebot ab und erklärt sich nur bereit: 1. über die Frage des Ersatzes des Völkerbundkommissars zu verhandeln und 2. Erleichterungen für den Durchgangsverkehr durch den Korridor zu erwägen.

Es war ein historischer Moment. Polen hatte eine große einmalige Gelegenheit ausgeschlagen. Denn der Vorschlag war, wie der Führer in derselben Rede sich ausdrückte, ein einmaliger.

Daß der Führer des Deutschen Reiches die Frage der deutschen Stadt Danzig und einer Querverbindung durch den Korridor nach Ostpreußen einmal anschneiden würde, das konnte niemand in der ganzen Welt überraschen. Beide Forderungen waren elementare, unverzichtbare Ansprüche des deutschen Volkes. Im Fall der Querverbindung hat Adolf Hitler sogar mit zwingender Logik darauf hinweisen können, daß genau so wie Polen einen Zugang zum Meere wünsche, Deutschland einen Zugang zu seiner Provinz im Osten brauche. Und der Sinn des Paktes vom 26. Januar 1934 war eben der, solche „Streitfragen" auf dem Wege unmittelbarer nachbarlicher Verhandlungen zu lösen. Die von Adolf Hitler vorgeschlagene Lösung

war sowieso das Minimum vom deutschen Standpunkt aus und für Polen so schmerzlos wie überhaupt nur möglich. Sie berührte höchstens die Epidermis, also die äußerste Haut des polnischen Staatskörpers.

Politisch, moralisch und juristisch war dies Angebot des Führers gerechtfertigt, nachdem Deutschland fünf Jahre hindurch einen strikten Beweis seines guten Willens gegeben hatte. Wenn Polen einwilligte, dann war der Frieden in Europa auf Generationen gesichert. Aber Polen lehnte ab. Auch jetzt noch hielt es starr an seiner unversöhnlichen Politik fest, die es zwanzig Jahre hindurch betrieben hatte. Es schlug selbst die Türe zu.

Jetzt war es zu spät.

England mischt sich ein

Dieser Vorschlag des Führers des deutschen Volkes war — niemand in der Welt kann es bestreiten — ein Entgegenkommen, das hart an Selbstverleugnung grenzte. Denn was bedeutete er praktisch? — Polen gewährte einen haardünnen „Korridor durch den Korridor". Und diese Querverbindung wäre für Polen höchstens „ein Federstrich auf einer Karte" gewesen, um einen Ausdruck des bekannten französischen Journalisten Graf Wladimir d'Ormesson zu gebrauchen. Dieser Liliput-Korridor hätte sich technisch sicherlich sogar so einrichten lassen, daß er unsichtbar geblieben und noch nicht einmal eine Störung des polnischen Korridorverkehrs ergeben hätte. Und die Rückkehr

Danzigs als Freistaat in dem Rahmen des Deutschen Reichs – warum und inwiefern konnte sie für Polen ein wirklich empfindlicher Verzicht sein, nachdem es Danzig ja niederkonkurriert hatte?

Polen war unbestreitbar, wie Adolf Hitler in seiner Rede ausgesprochen hat, in dieser Angelegenheit der nehmende, und nicht der gebende Teil. Um so mehr als ihm auf der andern Seite Garantien für alle Zukunft gewährt wurden, die jede Gefährdung der polnischen Unversehrtheit ein für allemal ausschlossen. Es war keine Übertreibung: dieses Angebot stand im Gegensatz zur Auffassung von Millionen von Deutschen, und allein ein Führer von der einzigartigen Autorität Adolf Hitlers war überhaupt in der Lage, solche Vorschläge zu machen.

Aber schon als Adolf Hitler Deutschland und der Welt in seiner Reichstagsrede vom 28. April 1939 von diesen historischen Vorgängen Kenntnis gab, war etwas vor sich gegangen, was die Umstände dieses Falles völlig verschob. Dieser Fall war seiner ganzen Natur nach l o k a l begrenzt. Es betraf lediglich Polen und Deutschland und hätte nach aller menschlichen Voraussicht in der ungestörten gegenseitigen Fortführung des Gesprächs noch einer positiven Lösung zugeführt werden können. Da schaltete oder vielmehr mischte sich plötzlich E n g l a n d ein. Und mit einem Schlag versteift sich die Haltung Polens, und ändert sich auch die Dimension des ganzen Falles.

Der Vorschlag Adolf Hitlers war Ende März erfolgt, nachdem er diese Gedanken in Besprechungen mit polnischen Staatsmännern schon früher erörtert hatte. Der englische Premierminister nennt den 26. März als den Termin der polnischen Antwortnote.

Und schon am 31. März gibt Chamberlain im britischen Unterhaus eine Erklärung ab, die ein Garantieversprechen für Polen enthält, falls es sich in seiner Unabhängigkeit bedroht erachte. In diesem Falle werde Großbritannien der polnischen Regierung alle in seiner Macht stehende Hilfe sofort gewähren. Außerdem war in dieser Erklärung in dunklen Andeutungen die Rede von „gewissen Konsultationen mit andern Regierungen", die Chamberlein aber noch nicht einmal abwarten zu müssen glaubte. Und im Eingang der Erklärung bezog Chamberlain sich sogar auf „Gerüchte irgendeines geplanten Angriffes auf Polen", für die er allerdings keine amtliche Bestätigung besitze! Er scheute sich also nicht, ziemlich plump das Gespenst eines „Angriffs auf Polen" an die Wand zu malen, ohne jede tatsächliche Unterlage, wie er selbst eingestand! Von diesem Augenblick an vollzieht sich ein Umschwung in der polnischen Politik.

Der englische Premierminister hat in einer späteren Rede sich besonders darauf berufen, daß seine Garantieerklärung erst am 31. März, die polnische Ablehnung aber schon am 26. März erfolgt sei. Diese Angabe mag dem Buchstaben nach zutreffen, nicht aber dem Sinne nach. Sie ist eine Spitzfindigkeit. Denn die polnische Ablehnung war keineswegs ein isolierter, eigenmächtiger Akt der polnischen Regierung, vielmehr zweifellos auf einen Wink der englischen Regierung zurückzuführen. Schon am 20. März hat nämlich der englische Außenminister Lord Halifax im Oberhaus die zwei Tage vorher beschlossene Bildung einer „Liga derjenigen Staaten" bekanntgegeben, „die gewillt sind, vereinten Widerstand zu leisten". Und Polen war zum Beitritt in diese Liga aufgefordert wor-

den. Die Theorie, als ob die englische Garantieerklärung erst eine Folge der polnischen Ablehnung gewesen sei, gehört also in das Reich der Fabel. Aber selbst, wenn Polen — was heute widerlegt ist — völlig auf eigene Faust gehandelt haben sollte, als es seine Ablehnung erteilte, würde dieser Umstand nichts an der unerhörten Verantwortung ändern, die Neville Chamberlain mit dieser völlig einseitigen, durch nichts provozierten Garantieerklärung auf sich geladen hat. *Denn warum konnte der englische Premierminister nicht genau so gut die loyalen und durchaus bescheidenen Vorschläge des Führers sich zueigen machen und seinen Einfluß auf Polen in diesem Sinne geltend machen?* Welcher Umstand konnte ihn daran hindern, wenn es ihm wirklich auf die Erhaltung des Friedens ankam? Dann wäre Polen mit absoluter Sicherheit eingeschwenkt.

Was ging England überhaupt diese rein deutsch-polnische Differenz an? Hatte England in den zwanzig Jahren vorher auch nur einmal etwas von sich hören lassen, als Polen auf den Rechten der deutschen Minderheit herumtrampelte und Europa mehr als einmal hart an den Rand des Krieges zu bringen drohte? Oder glaubte England etwa, es sei ein für allemal als Hüter der Weltordnung eingesetzt? Dann hätte es erst recht seit Jahren vorbeugend eingreifen müssen!

Chamberlain ist nicht diesen Weg gegangen, er hat den Weg der Einmischung und der Garantieerklärung gewählt. Damit wird klar, daß England *ganz andere Interessen* bei diesem Schritt verfolgte als die des Friedens.

Jetzt mit einem Male hat England es sehr eilig! Schon drei Tage später, am 3. April, trifft der polnische Außenminister Oberst Beck in London ein. Berlin hatte er trotz einer Einladung des Führers links liegenlassen. Der Besuch dehnt sich länger aus, als ursprünglich angenommen. Offenbar ist Polen nicht restlos entzückt über die englischen Anträge. Vermutlich ahnt Oberst Beck auch, welch gefährlichen Weg er betritt. Vier Tage dauern die Besprechungen. Am 6. April ist der englische Premierminister in der Lage, dem Unterhaus Bericht zu erstatten. An die Stelle der einseitigen englischen Garantieerklärung ist nunmehr eine wechselseitige Garantie getreten. Auch die polnische Regierung hat sich verpflichtet, dem britischen Weltreich in Gegenseitigkeit Unterstützung im Falle der Bedrohung der Unabhängigkeit zu gewähren! Es wird gleichzeitig verabredet, an die Stelle dieser vorläufigen Zusicherung ein dauerndes Abkommen zu setzen, nach einem gründlicheren Studium der Materie.

Politisch gesehen ist diese Vereinbarung eine Groteske! Ihr wahrer Zweck ist nur mühselig verschleiert. Denn das Verhältnis zwischen England und Polen war und blieb einseitig. Oder hat England oder Polen je ernsthaft daran geglaubt, Polen könne bei einem etwaigen Konflikt in Singapore oder am Khaiber-Paß dem britischen Weltreich eine wirksame Hilfe leisten?

Polen hatte jetzt eine Blanko-Vollmacht in der Tasche. Es wußte: was es auch tat, Englands Weltmacht stand schützend hinter ihm. Denn die englische Zusicherung war unbegrenzt. Die Entscheidung über den „casus foederis", den Bündnisfall,

lag allein in der Hand Polens. England hatte sich verpflichtet, und dies kann nicht scharf genug betont werden, der polnischen Regierung „alle in seiner Macht stehende Hilfe sofort zu gewähren“, für den Fall, daß Polen irgendeine Aktion als „eine solche Bedrohung seiner Unabhängigkeit ansähe, daß es mit seinen nationalen Streitkräften Widerstand leiste“. Wenn Polen marschierte, mußte auch England marschieren.

Prompt zeigt sich die Wirkung dieser Blanko-Vollmacht. Polen beantwortet die deutschen Vorschläge mit Mobilmachungsmaßnahmen und mit gesteigertem Druck auf die Volksdeutschen. Marschall Rydz-Smigly hat später, am 17. Juli, in der „News Chronicle“ trotzig von dieser Mobilmachung erklärt: „Glauben Sie mir, diese Mobilmachung war keine bloße Demonstration.“ Auch in England entfaltet sich jetzt eine lebhafte Aktivität in der Außenpolitik. Am 13. April erklärt Chamberlain überraschend im Unterhaus, Großbritannien habe Rumänien und Griechenland „besondere Zusicherungen“ gegeben, des gleichen Inhalts wie die an Polen. Diese Erklärung wird auch der Türkei mitgeteilt. Der französische Ministerpräsident Daladier gibt zur selben Stunde eine Parallel-Erklärung ab. Die französische Regierung bekennt sich darin „beglückt“ über den Abschluß der Verpflichtungen zwischen Großbritannien und Polen. Daladier macht auch davon Mitteilung, daß das französisch-polnische Bündnis von der französischen und der polnischen Regierung im „gleichen Geist“ bestätigt worden sei. England aber führt. Der Plan wird von Tag zu Tag durchsichtiger. England betreibt eine neue „Einkreisung“, hauptsächlich gegen

Deutschland, daneben gegen Italien. Die polnische Affäre ist nur der Anlaß oder Vorwand. Deutschland soll um jeden Preis der Welt im Zaume gehalten werden. England fühlt das von ihm stets behütete „europäische Gleichgewicht" bedroht. Und wieder beginnt das gleiche blutigernste Spiel der englischen Politik wie unter der Königin Elisabeth gegen Spanien, unter Cromwell gegen Holland, unter Pitt gegen Napoleon und unter Eduard VII. gegen Deutschland.

Nach außen hin nennt man diese Einkreisungspolitik halb schamhaft, halb schlau die Bildung einer „Anti-Aggressions-Front" oder rein heuchlerisch die Bildung einer „Friedens-Front". Aber die Tatsachen widerlegen diese schönklingenden Bezeichnungen. Großbritannien streckt jetzt auch die Hand nach Moskau aus. Der Ring um Deutschland soll lückenlos geschmiedet werden. Auch haben sich in England Stimmen der Kritik erhoben, welche die übereilte Garantieerklärung für Polen militärisch als Dilettantismus bezeichnen. Lloyd George hat einige Wochen später diese Einwände so definiert: „Ich fordere den Kriegsminister auf, dem Unterhaus zu sagen, ob der britische Generalstab der Regierung vor den Garantien den Rat erteilt habe, daß diese sicher angelegt seien und eingehalten werden könnten, bzw. daß auch nur die geringste Chance auf einen Sieg bestehe. Wenn der Generalstab das getan hat, dann müßte er sofort entlassen und in eine Irrenanstalt gebracht werden, denn ohne Sowjetrußland stehen wir vor einer sicheren Niederlage." Kurz danach hat Lloyd George diesen Tatbestand noch drastischer formuliert: „Wir können nicht einen einzigen Tank ohne Sowjetrußland nach Polen schicken." So mögen militärische u n d politische

Erwägungen die Regierung Chamberlain auf den Weg der Wiederaufnahme der Einkreisungspolitik vor 1914 getrieben haben.

Am 14. April unterbreitet der britische Botschafter Sir William Seeds in Moskau dem Außenkommissar Litwinow britische Vorschläge an die russische Regierung, in der diese zur Mitarbeit gegen die „Aggression" aufgefordert wird. Schon seit dem 31. März ist, wie der Schatzkanzler Sir John Simon an demselben Tage im Unterhaus mitteilt, Sowjetrußland ständig auf dem laufenden über die Garantieverhandlungen gehalten worden. Der Schatzkanzler hat sogar „keinen Einwand" gegen ein Militärbündnis zwischen England, Frankreich und Rußland. In Moskau ebenso wie in London wird tagtäglich zwischen den Botschaften und den Regierungen unterhandelt und konferiert. Mit Spannung verfolgt England den Fortschritt der Bemühungen um die Gunst Moskaus. Jede Nuance in den russischen Äußerungen wird von der englischen Presse registriert und kommentiert. Chamberlain muß alle paar Tage im Unterhaus Auskunft über den Stand der Verhandlungen erteilen. Man hat große Pläne vor. In einer der führenden englischen Zeitungen, dem „Evening Standard", steht, der englische Vorschlag enthalte, daß Sowjetrußland gleichfalls eine Garantie für Polen und Rumänien und darüber hinaus für alle andern Staaten an der russischen Westgrenze, also für Finnland, Estland und möglicherweise auch Litauen übernehmen solle. Hierdurch würde ein von Sowjetrußland garantierter „Block von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer" geschaffen werden. Eine besondere englische Garantie für Rußland fehle dagegen

in diesem Vorschlag, da nach Ansicht Englands die bestehenden englisch-französischen Garantien bereits einen großen Teil der sowjetrussischen Grenze sichern würden! England sitzt also hoch zu Roß. Bis plötzlich am 3. Mai die Nachricht kommt, daß der russische Außenkommissar Litwinow seines Amtes enthoben sei. Wer nur ein wenig Ahnung von der Politik Litwinows hat, der muß auf den Gedanken kommen, daß dieser Sturz mehr ist als ein Personenwechsel. Denn in Litwinow verkörpert sich seit Jahr und Tag das System der Politik des „Anti-Faschismus" unter dem Mantel der Völkerbundspolitik und der Politik der „kollektiven Sicherheit". Trotzdem hat England sich wie verzweifelt an den Strohhalm geklammert und sich und der Welt einzureden versucht, dieser Personenwechsel sei ohne politische Bedeutung.

Aber schon eine der ersten Äußerungen des Nachfolgers von Litwinow, des Regierungschefs und Außenkommissars Molotow, zeigt auch dem Widerwilligen, daß ein politischer Kurswechsel eingetreten ist. In seiner ersten Rede antwortet Molotow unter besonderem Beifall der Sowjets an Englands Adresse: „Wir müssen uns sorgfältig an Stalins Warnung erinnern, daß wir uns nicht dazu hergeben dürfen, die Kastanien anderer Leute aus dem Feuer zu holen."

Mit der Zeit sinken auch die englischen Ansprüche. Das Tempo der Verhandlungen wird immer träger. Sie kommen nicht recht vom Fleck. Die russische Regierung stellt immer von neuem zeitraubende Rückfragen. Zur Beschleunigung des Tempos wird sogar der Vorschlag gemacht, Chamberlain oder Halifax möchten selbst sich mit Stalin treffen. Chamberlain

gerät immer mehr in Verlegenheit, wie er die ungeduldigen Fragesteller im Unterhaus befriedigen soll. Endlich, am Freitag vor Pfingsten, glaubt er, für die „Tage nach Pfingsten" den Abschluß des Abkommens versprechen zu können. Er selbst hat damals wohl kaum geglaubt, daß die weiteren Ereignisse diese Prophezeiung so diskreditieren könnten, wie es wirklich geschehen ist.

Nach Pfingsten ist die Lage genau die gleiche wie vorher. In London schwirrt das Gerücht, der englische Kriegsminister Hore-Belisha habe seinen russischen Kollegen, den Marschall Woroschilow, zur Teilnahme an den großen Herbstmanövern nach England eingeladen. Die Opposition im britischen Unterhaus bedrängt die Regierung Chamberlain immer stürmischer, sie sympathisiert mit Sowjetrußland und haßt das „Nazi-Deutschland". Chamberlain kann sich dem ewigen Kreuzfeuer ihrer Anfragen im Unterhaus kaum mehr entziehen. Die größte englische Zeitung, der „Daily Expreß", schreibt von dem Führer der Opposition: „Attlee dirigiert die auswärtige Politik Englands." Dabei muß man wissen, daß der Führer der Opposition in England seit den letzten Jahren genau so besoldet ist wie ein amtierender Minister, also praktisch nicht mehr unabhängig ist. Im Mai führt England auch die Wehrpflicht ein, nachdem Frankreich lange genug wegen dieser Rüstungslücke England Vorhaltungen gemacht hat.

Während dieser Wochen wird das Benehmen Polens immer anmaßender und herausfordernder. Am 5. Mai antwortet der polnische Außenminister Beck vor dem Sejm auf die Reichstagsrede Adolf Hitlers. Die Rede selbst ist ziemlich kurz und dauert gerade

eine halbe Stunde. Das, worauf alle Welt wartet, ist Becks Stellungnahme zu dem deutschen Vorschlag. Oberst Beck befaßt sich sogar ziemlich ausführlich mit diesem Punkt. In diesem Abschnitt findet sich auch die nicht neue, aber aus seinem Mund um so gewichtigere Feststellung: „Die Mehrheit der Danziger Bevölkerung ist heute (!) deutsch.“ Aber trotz aller weitschweifigen und wortreichen Perioden bleibt die Stellungnahme des polnischen Außenministers im Endeffekt negativ. Er endet: „Für uns Polen gibt es den Begriff Frieden um jeden Preis nicht.“ Als ob Deutschland je einen solchen Frieden „um jeden Preis“ gefordert hätte!

Diese Rede von Beck ist diplomatisch vorsichtig und abgewogen. Man spürt deutlich, dieser routinierte Diplomat will sich keine Blöße geben. Um so lärmender ist die Sprache der polnischen Politik im Lande. Die polnische Presse wird immer gereizter und aufreizender in ihrer Sprache. An der polnischen Grenze gegenüber Danzig kommt es bereits zu Zwischenfällen. Am 10. Mai werden an der Dirschauer Brücke zwei Danziger Staatsangehörige bei einem Spaziergang von einer Gruppe polnischer Soldaten beschossen. In der Nacht vom 20. auf den 21. Mai ereignet sich in Kalthof auf Danziger Gebiet ein herausfordernder Übergriff des polnischen Legationsrats Perkowski von der diplomatischen Vertretung Polens in Danzig. Der polnische Beamte begegnet mit seinem Kraftwagen einer Autotaxe, in der sich der Danziger Staatsangehörige Grübnau aus Kalthof befindet. Die Autotaxe von Grübnau muß haltmachen, weil sie angeblendet wird. Grübnau steigt aus. In diesem Moment werden aus dem polnischen

Auto zwei Schüsse abgegeben, die Grübnau tödlich treffen. Sie stammen, wie die polizeiliche Feststellung ergeben hat, aus der Pistole des polnischen Chauffeurs Murawski, der geflohen ist. Am 24. Mai passiert ein neuer Zwischenfall an der Dirschauer Brücke. Ein Lastkraftwagenführer aus der deutschen Stadt Elbing wird von polnischen Militärposten ohne jeden Grund beschossen und entgeht nur durch rasche Flucht dem sicheren Tode. Auch im Inneren Polens wächst die Feindseligkeit gegen alles Deutsche. In der Industriestadt Tomaschow bei Lodz wird in der Nacht vom 13. auf den 14. Mai ein Überfall gegen die deutsche Bevölkerung ausgeführt, der an „Wildwest" erinnert. Fast alle deutschen Wohnungen werden zerschlagen und die deutschen Einwohner selbst aufs grausamste mißhandelt. Hunderte von Deutschen müssen aus der Stadt flüchten, um der Gefahr an Leib und Leben zu entgehen. Die Polizei trifft, wie auch sonst, erst ein, nachdem die Verbrecherbanden sich ausgetobt haben.

Wir stehen jetzt im Monat Juni. In Moskau ist alles beim alten. Nachgerade wird sogar der englischen Regierung die Sache etwas unbehaglich. Sie beschließt, einen der höchsten Beamten des Auswärtigen Amtes, den Leiter der Europa-Abteilung William Strang, dorthin zu entsenden, um das Verfahren abzukürzen. Es ist der 7. Juni. Am selben Tag macht Chamberlain im Unterhaus eine Mitteilung, die einen schmalen Blick in die Bemühungen zur militärischen Einkreisung tun läßt. Über den Verlauf der Generalstabsbesprechungen mit Sowjetrußland, Polen, Rumänien, Griechenland und der Türkei befragt, erklärt er, das normale Verfahren

der Aufrechterhaltung von Fühlungnahmen mit Generalstäben fremder Länder wäre das durch die Militärattachés der Botschaften. Dieses Verfahren wäre in den letzten Monaten erweitert worden, aber es wäre nicht im öffentlichen Interesse, Einzelheiten darüber bekanntzugeben. Chamberlain muß sich bereits gegen den durch die Opposition erhobenen Vorwurf der Säumigkeit rechtfertigen, den er als „sehr beleidigend" bezeichnet. Aber der Juni verstreicht, und trotz der Entsendung von Mr. Strang ist man in Moskau um keinen Zoll weitergekommen. Das eine Mal ist nach den englischen Meldungen der Grund der Stockung die Forderung der Russen, auch den „indirekten Angriff" in die Vereinbarungen einzubeziehen, das andere Mal der Wunsch der Russen, alle Länder an der russischen Westgrenze zu garantieren, und das drittemal das Problem des „Fernen Ostens" und dessen Einbeziehung in den Pakt. Schon werden die Randstaaten und sogar die neutralen Länder nervös. Holland, Lettland, Estland, verbitten sich in London und Paris solche unerbetenen Zwangsgarantierungen.

Der Juli zieht ins Land. Die Wetteraussichten für die Gewinnung Rußlands als Eckpfeiler der „Freiheitsfront" sind höchstens schlechter geworden. Am 7. Juli erhalten die russischen Botschafter in London und Paris durch die beiden Außenminister Lord Halifax und Bonnet neue Informationen. Es ist „ein letzter Versuch", wie es in der Auslassung der „Agence Havas" heißt. Die beiden westlichen „Demokratien" haben mittlerweile schon ziemlich resigniert. Erstrebt wird — nach den Pressemeldungen — die Teilnahme Rußlands an einem allgemeinen

Garantiepakt, der Polen, Rumänien, die baltischen Staaten, Holland und die Schweiz umfassen soll. Es wäre die vollendete Einkreisung im vollen mathematischen Sinne! Lehnt Moskau abermals ab, dann soll eine Dreimächte-Erklärung, im Notfall sogar ein zweiseitiger britisch-russischer Vertrag nach dem Muster des französisch-russischen Bündnisvertrags abgeschlossen werden! So weit ist Großbritannien also schon von seinem hohen Podest herabgestiegen, so weit hat es schon seine Ansprüche und seinen Stolz gemäßigt, daß es sich sogar mit dieser letzten Verlegenheitslösung zufrieden gibt, nur um dem einen Zwecke zu genügen, die Lücke in der Einkreisungsfront im Osten Deutschlands zu schließen!

Doch in England ist vor lauter brennender Ungeduld die Atmosphäre schon so schwül geworden und die englische Regierung selbst hat sich bereits so weitgehend engagiert, daß man fast nicht mehr zu unterscheiden vermag, ob sie noch der Schiebende oder nicht schon der Geschobene ist. Mitte Juli verabschiedet das Unterhaus eine Regierungsvorlage über ein neues Exportkredit-Gesetz von 60 Millionen Pfund, das in Wirklichkeit dem Zwecke dient, den neuen Klienten Polen, Griechenland, Rumänien und der Türkei den Bezug von Kriegsmaterial aus England zu erleichtern. Die 60 Millionen Pfund dienen also praktisch der Aufrüstung dieser Länder. Man hat den Eindruck, England ist schon mitten in der Mobilmachung begriffen. Ja, wenn man die Propaganda beobachtet, dann könnte man meinen, für England hat der Krieg schon eingesetzt. In der zweiten Juliwoche wird Deutschland mit einem Schwall von allen möglichen Propagandabriefen aus England über-

schüttet. Die meisten Sendungen enthalten einen Brief eines angeblichen früheren britischen Marineoffiziers namens Stephen King-Hall. Diese Briefe sind eine einzige unverschämte Einmischung in die deutsche Politik und enthalten die massive Drohung, es werde nach dem nächsten Krieg einen Friedensvertrag geben, mit dem verglichen der Vertrag von Versailles ein Kinderspiel sei. Diese Briefkampagne wird fortgesetzt. Mitte Juli erscheint der King-Hall-Brief Nr. 2 — ein Beweis, daß die britische Regierung trotz deutscher Vorstellungen und öffentlicher Proteste kein Veto gegen diese offenkundige Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse eingelegt hat. Man muß daraus sogar entnehmen, daß Mister King-Hall keineswegs nur eine Privatperson ist, als die er sich ausgibt.

Drei Monate haben die Verhandlungen in Moskau jetzt gedauert. Immer schleppender wird der Gang. Nach Warschau wird General Ironside entsandt, um dort die polnisch-englische Zusammenarbeit militärisch so schlagfertig wie möglich zu machen. Polen wird immer kecker und frecher, die logische Folge der englischen „Blanko-Vollmacht". Am 19. Juli veröffentlicht der Oberkommandierende Marschall Rydz-Smigly in der englischen und amerikanischen Presse ein Interview, in dem er erklärt, „Polen werde für Danzig in den Krieg ziehen". Ja die deutsche Geduld ist offenbar für weite Kreise in Polen eher ein Anlaß, die Augen begehrlich über die deutsche Grenze hinweg zu werfen. Phantastische Landkarten erscheinen in polnischen Zeitungen, in denen Polens „historische" Grenzen bis vor die Tore von Berlin verlegt werden! Die Grenzverletzungen häufen sich. Am 21. Juli wird

der Danziger Zollbeamte Lipski im Kreise Karthaus auf polnisches Gebiet verschleppt. Polnische Studenten, Teilnehmer an einem militärischen Schulungslager in demselben Kreis, machen den Versuch, die Danziger Grenze zu überschreiten. In fast allen Kreisen des Korridors kommt es zu Ausschreitungen gegen die Deutschen. Eine Aufzählung der einzelnen Fälle würde Seiten füllen. Schon wird zum wirtschaftlichen Boykott gegen die Deutschen aufgerufen unter dem Motto: „Kaufe nicht bei den Fremden! Kaufe nicht bei den Feinden!" Es ist offensichtlich, die Atmosphäre in Polen wird immer gespannter. Und England tut nichts, um den polnischen Fanatismus abzukühlen. Am 27. Juli gibt Chamberlain im Unterhaus die Entsendung einer britischen und französischen Militärmission nach Sowjetrußland bekannt. Diese Mitteilung läßt zwei Auslegungen zu. Entweder sind die Verhandlungen des Diplomaten Strang in Moskau so festgefahren, daß man nur noch von dieser Entsendung der Militärs sich eine Hoffnung auf Rettung verspricht, oder sie sind politisch so weit unter Dach und Fach, daß nur noch die militärische Ergänzung aussteht. Überall wird an diesem Problem herumgerätselt. Am letzten Tage des Monats wird die englische Reserveflotte mit 12000 Reservisten in Dienst gestellt. „Sunday Times" schreibt, diese Manöver seien „die größten zu Lande und zur See, die England seit 20 Jahren abgehalten" habe! Mit dieser vielsagenden militärischen Maßnahme der englischen Flottenleitung schließt der Monat Juli.

Das englische Parlament geht in die Ferien. Damit setzt der August ein. Die Regierung hat nunmehr, theoretisch, die Möglichkeit, ungestört von den

ewigen lästigen Anfragen der Opposition einen vernünftigen Kurs zu steuern und auch Polen etwas zu zügeln. Aber statt dessen bescheinigt der Premierminister in seiner großen Rede vor der Vertagung der polnischen Regierung ihre „bewundernswerteste Ruhe" und „kluge und staatsmännische Zurückhaltung". Es war noch nicht das erstemal gewesen! Aber es gehört kaum ein Fünkchen historischer Erfahrung und politischer Psychologie dazu, sich auszumalen, wie ein solches Attest auf die polnische Geistesverfassung wirken mußte. Im übrigen begnügt sich Chamberlain in bezug auf Danzig mit dem Hinweis auf frühere Regierungserklärungen. Die englische Regierung sieht also dem weiteren Gang der Dinge mit verschränkten Armen zu, obwohl sie weiß, daß sie Polen einen „Blanko-Scheck" ausgestellt hat. Nicht das geringste Anzeichen dafür ist zu entdecken, daß Chamberlain die logische Konsequenz aus jeder derartigen Blanko-Vollmacht zieht und jeden Schritt, den deren Inhaber tut, kontrolliert und von seiner Zustimmung abhängig macht. Vielmehr erlaubt sich Polen, in einer Note vom 4. August an die Danziger Regierung dieser in der Angelegenheit der verweigerten Zusammenarbeit mit den polnischen Zollinspektoren ein Ultimatum von 24 Stunden zu stellen! Sogar wirtschaftliche Repressalien (wie z. B. Behinderung der Einfuhr von Lebensmitteln) werden der Stadt Danzig dabei angedroht! Dabei war Polen absolut im Unrecht, hatte es doch im Laufe der Jahre das Recht, polnische, den Danziger Zollbeamten beigeordnete Zollinspektoren zur Kontrolle auf Danziger Boden zu unterhalten, dazu mißbraucht, einen großen Apparat bewaff-

neter Zollbeamter im Danziger Gebiet aufzuziehen, die sich dementsprechend benahmen.

So geht Englands Saat allmählich auf.

Auch zur Förderung des Beitritts Amerikas in die Einkreisungsfront bietet sich England Anfang August eine neue Möglichkeit. Der amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau jr. schifft sich in den ersten Augusttagen nach Skandinavien ein. Wie amerikanische Zeitungen melden, ist durch die britische Botschaft in Washington vorgeschlagen worden, Morgenthau möge seine Ferienreise für mehrere Tage in London unterbrechen. Bei dieser Gelegenheit soll auch die Finanzierung englischer Rohstoffkäufe in Amerika während eines Krieges besprochen werden. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Großbritannien mit vollen Segeln auf den Krieg zusteuert. Die Stimmung in England wird immer aggressiver. Polen wird immer von neuem das Rückgrat gestärkt. Ein Blick in die Sonntagspresse vom 20. August gewährt einen klaren Querschnitt durch die öffentliche Meinung. Von Lloyd George bis zu Garvin und der „Times" herrscht nur eine Stimme: Polen soll und muß festbleiben. Garvin meint im „Observer", es sei zum Vertragsabschluß mit Moskau „keine Stunde mehr zu verlieren". Lloyd George versichert im „Sunday Expreß" Polen erneut der englischen Bündnistreue. Und die „Times" erklärt autoritativ: „England hat ein bis ins Einzelne gehendes Versprechen gegeben, von dem es sich nicht zurückziehen will (!) und kann." Sogar im Parlament formiert sich die Opposition jetzt geschlossen. Bei der Vertagung hat sich eine Gruppe von 30 bis 40 konservativen Abgeordneten unter der Führung von Churchill, zu denen auch

Eden gehört, von der Regierung separiert. Sie ist gegen die Vertagung, aus dem einzigen Grund, weil sie im stillen besorgt, die Regierung Chamberlain könne im letzten Augenblick noch „umfallen“!

In Polen hat der Chauvinismus hysterische Formen angenommen. Die polnische Regierung lehnt dickköpfig auch die geringste Konzession in der Danzig-Frage ab. Der Oberkommandierende, der Marschall Rydz-Smigly, gibt am 6. August durch eine öffentliche Rede in Krakau die Parole aus, Danzig sei „die Lunge Polens“. In dieser Rede hatte der Marschall auch den aufschlußreichen Satz gebraucht: „Wir besitzen Freunde, die uns verstehen und ihre Verbundenheit mit uns deutlich zum Ausdruck gebracht haben.“ War es da ein Wunder, daß ihm beim Abschied als Echo die bezeichnenden Rufe aus der Masse entgegenschallten: „Wir wollen Danzig haben!“ Die Vernunft hat endgültig abgedankt, es triumphiert der Affekt. Es gibt kaum eine Verständigung mehr. Das ist die ohne weiteres vorauszusehende Quittung auf die „Blanko-Vollmacht“ Englands. Der Terror im Land wütet und rast schlimmer denn je. Die deutschen Genossenschaftsmolkereien werden Ende Juli / Anfang August eine nach der andern durch gewaltsame Umbesetzung des Vorstandes in polnische Hände gebracht. In der Presse wird offen gedroht. Die führende konservative Zeitung „Czas“ schreibt im Kommentar zu der Rede des Marschalls Rydz-Smigly, wenn die Behörden der Freien Stadt Danzig Polen vor eine vollendete Tatsache zu stellen dächten, dann „würden die polnischen Geschütze dröhnen“. Und die rechtsstehende Zeitung „Kurjer Polski“ nimmt sich heraus, am 10. August in einem Artikel

die „Zerstörung Deutschlands" zu fordern, so „wie Karthago vor 2000 Jahren hätte zerstört werden müssen". Verhaftung reiht sich an Verhaftung. Am 16. August wird sogar der Senator Wiesner, einer der Führer des Deutschtums in Ost-Oberschlesien, verhaftet und mit ihm der Vorsitzende der Gewerkschaft deutscher Arbeiter in Polen, der frühere Abgeordnete Jankowski. Ein Strom von Flüchtlingen ergießt sich über die Grenze nach Deutschland. Ihre Zahl hat seit Beginn der Spannung die Ziffer von rund 76000 erreicht. Schon beginnen militärische Vorbereitungsmaßnahmen. Am 17. August treffen Nachrichten über die Schließung der deutsch-polnischen Grenze und der Grenze zum Protektorat Böhmen-Mähren und zur Slowakei ein. Jeder Zeitungsleser spürt, Polen ist unnachgiebig und hat sich entschlossen, den geradezu winzigen Streitfall und seine Lösung dem Kriegsglück zu überlassen.

Da schlägt am 22. August wie ein Blitz die Nachricht von dem Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Berlin und Moskau ein. Allen Hoffnungen der Einkreisungspolitiker in London und Paris ist damit das Leben ausgeblasen. Wenn dieser Entschluß der deutschen und der russischen Führung richtig verstanden wird, dann kann er den Krieg noch verhüten. Denn er wirft den ganzen Aufmarschplan der Kriegspartei in England über den Haufen.

England reagiert genau umgekehrt. Seine „Antwort" ist der Abschluß des dauernden englisch-polnischen Hilfspaktes, der schon im April vorgesehen war. Statt Polen zu bremsen, wird dieser endgültige Pakt mit größter Beschleunigung fertig gestellt. Er enthält gegenüber dem

ursprünglichen Rahmen zwei Ergänzungen, die höchst charakteristisch sind. Die eine besteht darin, daß der Bündnisfall sich auch auf die Möglichkeit erstreckt, daß „eine Vertragspartei — also Polen oder England — in Feindseligkeiten mit einer europäischen Macht verwickelt würde, welche die Unabhängigkeit oder Neutralität eines anderen europäischen Staates so gefährdet, daß dies eine offensichtliche Bedrohung der Unabhängigkeit" dieser Vertragspartei bedeutet. Diese Bestimmung bedeutet, aller juristischen umständlichen Terminologie entkleidet, daß der Bündnisfall zwischen England und Polen auch in dem Fall gegeben sein soll, da nicht die polnische Unabhängigkeit, sondern die eines anderen Staates gefährdet wäre, durch die Polen sich bedroht fühlte. Diese Bestimmung war selbstverständlich auf Danzig gemünzt, aber sie konnte von Polen genau so gut für Litauen oder einen seiner andern Nachbarn in Anspruch genommen werden. Sie war jedenfalls völkerrechtlich eine neue „Errungenschaft". Denn alle früheren Bündnisverträge haben sich unseres Wissens nur auf den Fall der direkten Bedrohung einer der beiden vertragschließenden Parteien bezogen. Die andere Ergänzung bestand in dem Artikel 7, in dem beide Teile sich verpflichteten, einen „Waffenstillstand oder Friedensvertrag nur im gegenseitigen Einverständnis abzuschließen". Auch diese Bestimmung war eine Spezialität dieses englisch-polnischen Vertrages. Denn diese Vereinbarung war bisher nur in Kriegsverträgen üblich, also in solchen Verträgen, die während eines Krieges zwischen Verbündeten eingegangen wurden. In Friedenszeiten galten solche Abmachungen als verpönt. Beide Bestimmungen sind darum

besonders kennzeichnend für den immer entschlossener werdenden Kurs der englischen Politik. Sie sind auch viel aufschlußreicher für die wahren Absichten dieser Politik als die diplomatischen Erklärungen, die England gleichzeitig Deutschland gegenüber abgibt. Denn nach dieser anderen Front zeigt England geflissentlich das Gesicht eines „ehrlichen Maklers", der sich bis zum letzten Augenblick bemüht, zwischen Polen und Deutschland eine friedliche Lösung zu vermitteln.

Am 22. August richtet Chamberlain ein persönliches Schreiben an den Führer. Darin wird einerseits der feste Entschluß Englands, seine Bündnispflicht gegenüber Polen zu erfüllen, zum Ausdruck gebracht, andererseits die Auffassung, daß es geboten sei, zunächst wieder eine Atmosphäre des Vertrauens herzustellen und dann die deutsch-polnischen Probleme auf dem Wege von Verhandlungen durch ein international zu garantierendes Abkommen zu lösen. Der Führer legt in seiner Antwort am nächsten Tag die wahren Ursachen der deutsch-polnischen Krisis und den Mißerfolg seines großzügigen Vorschlags im März dar, den Polen mit einer Welle von Terrorakten beantwortet habe. Er weist gleichzeitig darauf hin, daß nach seiner Kenntnis Großbritannien beabsichtige, Mobilmachungsmaßnahmen durchzuführen, deren eindeutiger Charakter nach den eigenen Erklärungen Chamberlains nur gegen Deutschland gerichtet sei, dies solle auch für Frankreich zutreffen.

Obwohl also das Schreiben Chamberlains und die am 24. August von Chamberlain und Halifax gehaltenen Reden jedes Verständnis für den deutschen Standpunkt vermissen lassen, entschließt sich Adolf Hitler doch, noch einen neuen Versuch zu machen,

um mit England zu einer Verständigung zu gelangen. Er empfängt am 25. August mittags den britischen Botschafter und teilt ihm die Grundlinien einer umfassenden deutsch-englischen Verständigung mit, die er nach Bereinigung der Danzig-Frage und des Korridor-Problems England anbieten werde. Der Führer betont, daß er ein Mann großer verpflichtender Entschlüsse sei und daß dies „sein letzter Vorschlag" sei. Auch an den französischen Ministerpräsidenten Daladier wendet sich der Führer durch eine persönliche Mitteilung auf dem Wege über den französischen Botschafter. Er will kein Mittel unterlassen und jeden Weg beschreiten, um das Äußerste zu verhüten. Die englische Regierung antwortet, ebenso Daladier. Sie teilt am 28. abends mit, daß sie von der polnischen Regierung die bestimmte Zusicherung erhalten habe, mit der Reichsregierung in direkte Verhandlungen einzutreten. Sofort greift der Führer diesen Faden auf. Er erklärt sich mit dieser Vermittlung und der Entsendung einer mit allen Vollmachten versehenen polnischen Persönlichkeit nach Berlin einverstanden und teilt mit, daß er mit deren Eintreffen für den 30. August rechne. Diese Antwort wird dem britischen Botschafter schriftlich überreicht. In diesem Schriftstück werden auch gleichzeitig die deutschen Forderungen umrissen, mit den Worten: „Die Forderung der Deutschen Reichsregierung entspricht der von Anfang an als notwendig erkannten Revision des Versailler Vertrages in diesem Gebiet; Rückkehr von Danzig und dem Korridor an Deutschland, Sicherung des Lebens der deutschen Volksgruppen in den restlich Polen verbleibenden Gebieten."

Das ist der Stand der Dinge am Abend des

29. August. Da geht in Berlin im Auswärtigen Amt am Nachmittag des 30. August ein Telefonat der deutschen Botschaft in Warschau ein, nach dem soeben in Polen die allgemeine Mobilmachung befohlen worden ist. Damit scheinen die Würfel gefallen. Weitere Bemühungen, dem rollenden Rad in die Speichen zu fallen, erscheinen nutzlos.

Englands Kriegspartei am Ziel

Trotz dieser Situation unternimmt der Führer des Deutschen Reiches auch jetzt noch einen allerletzten Versuch, den Frieden zu retten und die Welt vor der Katastrophe eines kriegerischen Zusammenstoßes zu bewahren. Mitten in der Nacht vom 30. auf den 31. August – der britische Botschafter überbringt gerade das Antwortmemorandum der britischen Regierung über die deutsch-polnische Fühlungnahme – gibt Reichsaußenminister von Ribbentrop diesem eine genaue Kenntnis des Wortlauts der inzwischen ausgearbeiteten deutschen Vorschläge und erläutert diese noch im Einzelnen. Der Führer hat sich zu diesem selbstlosen Schritt entschlossen, obwohl den ganzen Tag über der polnische Unterhändler vergebens erwartet worden war. Und die Vorschläge selbst atmen den gleichen Geist der Verständigungsbereitschaft bis zum Äußersten. Sie gliedern sich in 16 Punkte und enthalten, knapp zusammengefaßt, die Rückkehr der Freien Stadt Danzig ins Deutsche Reich, die Vornahme einer Volksabstimmung im Gebiet des soge-

nannten Korridors nach Ablauf von 12 Monaten, wobei die Grenzlinie noch wesentlich nördlicher liegen sollte als im Jahre 1918, und die Bereitschaft zur Gewährung eines Verkehrskorridors für Polen zum Meer im Fall einer Rückkehr des Korridorgebietes ins Deutsche Reich nach erfolgter Abstimmung.

Mittlerweile ist an der deutschen Ostgrenze fast schon der offene Kriegszustand eingetreten. Schon sind die ersten Schüsse gefallen. Mehrmals sind deutsche Flugzeuge über dem Korridor, bzw. über dem Gebiet der Freien Stadt Danzig von Polen beschossen worden. Am 29. August werden fünf Deutsche erschossen, als sie versuchen, durch die Warthe zu schwimmen und deutsches Gebiet zu erreichen. Am 30. August stellt Polen den Zugverkehr durch den Korridor zum Teil ein. Am 31. verweigert es an der oberschlesischen Grenze die Weiterbeförderung der internationalen D-Züge über die deutsche Grenze. Immer noch sieht die deutsche Regierung diesen kriegsähnlichen Zuständen abwartend zu. Jede gewonnene Stunde kann der Welt den Frieden erhalten. So läßt die deutsche Regierung auch noch den 31. August verstreichen, um Polen Gelegenheit zu geben, sich zu dem deutschen Angebot zu äußern.

Immer noch wird in Berlin das Eintreffen eines polnischen Bevollmächtigten erwartet. So rückt der Abend des 31. August heran. Zwei volle Tage sind jetzt verstrichen, seit die Deutsche Reichsregierung sich mit der Entsendung eines polnischen Bevollmächtigten nach Berlin einverstanden erklärt hat. Am Abend dieses 31. August erklärt der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, daß er nicht bevollmächtigt sei, in irgendeine Diskussion einzutreten oder gar zu verhandeln. Er

beschränkt sich nur auf allgemeine, unverbindliche Redensarten. An diesem Abend, um 21 Uhr, wendet sich die deutsche Regierung durch eine amtliche deutsche Mitteilung, die über den Rundfunk verbreitet wird, an die Öffentlichkeit und gibt ihr Kenntnis von diesen letzten Verhandlungen mit der Mitteilung, daß sie diese auf Grund des Ausbleibens eines polnischen Unterhändlers als abgelehnt ansähe. Damit waren von deutscher Seite aus alle denkbaren Möglichkeiten der friedlichen Verständigung erschöpft. Polen hatte bereits am Tage vorher die Mobilmachung befohlen – auf Anraten Englands, wie aus Artikeln der diplomatischen Korrespondenten der „Times" und des „Daily Telegraph" hervorgeht – und örtlich an der deutschen Grenze den Kriegszustand einreißen lassen. Es hatte weiterhin sich taub gegen den letzten Friedensvorschlag Adolf Hitlers gestellt, während England sich darauf beschränkt hatte, das großzügige Angebot des Führers entgegenzunehmen. Es liegt auf der Hand, daß im Hinblick auf diese Obstruktion der polnischen Regierung den Engländern diese deutschen Friedensvorschläge und ihre öffentliche Bekanntgabe peinlich gewesen sind. So daß die englischen Politiker auf die Ausrede verfallen sind, England und damit auch Polen hätten keine wirkliche Kenntnis von diesen deutschen Vorschlägen gehabt.

Aber diese nachträgliche Ablenkung vermag nichts an den mitgeteilten Tatsachen zu ändern. Vielmehr ist sie nur ein Symptom für das schlechte Gewissen der englischen Regierung, die ein Doppelspiel betrieben hat.

Dieses Doppelspiel besteht darin, daß England keine Gelegenheit versäumt, Polen der Innehaltung seiner Bündnisverpflichtung zu versichern, während es zu

gleicher Zeit sich den Anschein als Friedensvermittler gibt. Aber welchen Sinn sollten diese Vermittlungsbemühungen haben, wenn Polen seiner Blanko-Vollmacht sicher war? Eines schloß das andere aus. Beides zusammen war Heuchelei.

Am Abend des 31. August hatte die Deutsche Reichsregierung ihre Vorschläge praktisch als durch Polen abgelehnt bezeichnet, ohne daraus praktische Folgerungen zu ziehen. Wenn Polen den ernstlichen Willen hatte, den Krieg zu verhüten, dann war damit eine letzte Frist angebrochen, sich zu melden. Fast die ganze Nacht ist vergangen, ohne daß die polnische Regierung auch nur um Aufschub gebeten hat. Auch der Einwand, dies hätte doch den Gang der Dinge nicht mehr aufzuhalten vermocht, da die militärischen Befehle Deutschlands bald darauf ergingen, vermag die Feststellung nicht zu entkräften. In diesem Falle hätte Polen höchstens die deutsche Regierung in technische Verlegenheit gebracht, sich selbst aber den Nimbus des Friedensretters verschafft. Polen hat vielmehr auch diese letzte Gelegenheit zu einer demonstrativen Geste verstreichen lassen. Alle Berufung Polens oder Englands auf irgendeine Unkenntnis wird damit als bewußte Lüge bloßgestellt. Warschau hatte längst sich für den Krieg entschieden. Dem entsprach auch die höhnische Äußerung des Senders Warschau zu dem deutschen Communiqué um 23 Uhr am Abend des 31. August. Diese Meldung schloß mit dem einen Satz, der alles enthält: „Dieser unverschämte Vorschlag beweist deutlich, wie notwendig die militärischen Anordnungen der polnischen Regierung gewesen sind.“ Dies ist das einzige konkrete Echo, das die deutschen

Vorschläge gefunden haben. Adolf Hitlers letztes Angebot gleicht einem Ruf ins Leere.

So kommt es, daß im Morgengrauen des 1. September die deutschen Truppen dem Befehle entsprechen, mit Polen in der gleichen Sprache zu reden wie dieses selbst, und zum Schutze der bedrohten deutschen Volksgenossen in Polen einmarschieren.

Immer noch war die Auseinandersetzung lokal begrenzt, auf Polen und Deutschland beschränkt. Würden England und Frankreich mit Polen mitgehen? Das war die Frage, die Millionen in der Welt bewegte. Zwei Tage später ist auch darüber die Entscheidung gefallen. In dieser Atempause blitzt noch einmal die Hoffnung auf eine Verhütung des Schlimmsten auf. Mussolini schaltet sich ein und setzt sich mit allen Parteien in Verbindung. Dies geschieht am 1. September. Am 2. September vormittags wird die deutsche Regierung durch den italienischen Botschafter unterrichtet, daß Italien noch die Möglichkeit hätte, von Frankreich, England und Polen eine Konferenz auf folgender Grundlage annehmen zu lassen: 1. Waffenstillstand, der die Armeen läßt, wo sie jetzt sind; 2. Einberufung der Konferenz in ein bis zwei Tagen; Lösung des polnisch-deutschen Streites, welcher, wie die Sachen liegen, sicher günstig für Deutschland sein würde. Die französische Regierung hatte diesem Vorschlag des Duce zugestimmt. Und am 2. September hatte das Nachrichtenbüro Havas dies offiziell mitgeteilt. Auch Deutschland hatte seine Bereitwilligkeit erklärt, darauf einzugehen.

Aber schon am selben Tage wurden alle diese frischen Hoffnungen von rauher Hand zerknickt. Am Nachmittag erklärte der englische Außenminister Lord Halifax

im Oberhaus und ebenso der Premierminister Chamberlain im Unterhaus: „Der britischen Regierung ist es aber nicht möglich, an einer Konferenz teilzunehmen, zu einer Zeit, da Polen einer Invasion ausgesetzt ist, polnische Städte mit Bomben belegt werden und Danzig durch Gewalt Gegenstand einer einseitigen Lösung geworden ist." Am Widerstand Englands war damit dieser letzte Rettungsversuch eines Außenstehenden gescheitert.

Damit kehrt die eigentliche Krise wieder zu ihrem Ausgangspunkt zurück. Durch das eigenmächtige englische Garantieversprechen war sie hervorgerufen worden, und durch Englands Zweideutigkeit, die schließlich zur Eindeutigkeit wurde, war sie zum Anlaß eines europäischen Krieges geworden. Auch Frankreich hatte sich schließlich der englischen Entschlossenheit beugen müssen.

Dafür gab es am nächsten Tage noch ein markantes Beispiel. An diesem Tage wurde nämlich durch die französische Zensur die Weiterverbreitung der erwähnten Havas-Mitteilung untersagt. Aus welchem Grunde, denn sie gab ja nur eine feststehende Tatsache wieder? Offensichtlich auf Grund einer englischen Intervention. Denn jetzt hatte vollends die Kriegspartei in England die Oberhand gewonnen. Nachdem am Nachmittag des 2. September der Oppositionsführer Greenwood die Regierung unter dem Beifall des ganzen Hauses wegen ihres Zögerns (!) angegriffen hatte, war Chamberlain endgültig eingeschwenkt. Am 3. September vormittags 9 Uhr übergab der britische Botschafter im Berliner Auswärtigen Amt ein Ultimatum des Inhalts, daß der Kriegszustand zwischen beiden Ländern bestehen werde, falls nicht bis 11 Uhr

Deutschland sich bereit erkläre, seine Truppen unverzüglich aus Polen zurückzuziehen. Erst mit einer gewissen Verzögerung von mehreren Stunden überbrachte der französische Botschafter eine parallele Note. Eine kleine, aber bezeichnende Verzögerung!

Noch an demselben Sonntag, den 3. September, wurde in London die Umbildung der Regierung bekanntgegeben. Die wichtigsten politischen Ernennungen waren die von Winston Churchill zum Flottenminister und die von Anthony Eden zum Dominionminister. Jene von Churchill war geradezu programmatisch. Mit ihm hatte der Mann endlich seinen Willen durchgesetzt und Chamberlain aufgezwungen, der seit Jahren gegen Deutschland gehetzt, die Einkreisung propagiert und in den Monaten der Krise wie ein drohender Schatten hinter Chamberlain gestanden hatte. Jedesmal, wenn Chamberlain auch nur einen Augenblick wankend oder schwankend zu werden gedroht hatte, war dieser unverbesserliche Deutschenhasser sofort auf seinen Posten gesprungen, um die Regierungspartei, das Parlament und die Presse zu alarmieren. Darum, als am Mittag des 3. September England in den Krieg eintrat, da war dies Ereignis nicht nur ein Triumph der uralten englischen Politik, jede konkurrierende Großmacht auf dem Kontinent „knock out" zu schlagen, sondern ebensosehr ein persönlicher Triumph des unverwüstlichen Demagogen Winston Churchill, dem es gelungen war, im Verein mit der „antifaschistischen" Linken im Parlament seinem bisweilen zögernden Rivalen Chamberlain seine Politik aufzuzwingen.

Was trotz des Weltkriegs und des Versailler Diktats diesem stärksten Willensmenschen in der eng-

lischen Kriegführung nächst Lloyd George nicht gelungen war, nämlich Deutschland das Rückgrat zu brechen, das sollte jetzt zum zweitenmal und endgültig versucht werden. Dies Kriegsziel wurde von England auch offen eingestanden in dem Augenblick, als die Entscheidung über den Kriegseintritt gefallen war. In diesem Augenblick waren alle bisherigen Rücksichten hinfällig. Jetzt konnte Chamberlain offen von sich bekennen: „Ich vertraue darauf, daß ich den Tag erleben werde, wo der Hitlerismus zerstört sein wird." Die „Beseitigung des Hitlerismus" — das war also das englische Kriegsziel. Und mit der Bekanntgabe dieser Parole ward auch der wahre Sinn der englischen Politik seit der Abgabe der Garantieerklärung für Polen enthüllt.

Chamberlain und Churchill, die früheren Gegner, hatten ihren Frieden miteinander gemacht. Draußen aber begann der Krieg.

Wichtigste Literatur

Deutschland und der Korridor, hrsg. von Friedrich Heiß, in Zusammenarbeit mit Günter Lohse und Waldemar Wucher, Berlin 1939.

J. W. von Oertzen, Das ist Polen, München 1932.

Walther Recke, Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik, Berlin 1927.

Urkunden zur letzten Phase der deutsch-polnischen Krise (Weißbuch), hrsg. vom Auswärtigen Amt, Berlin 1939.

Wilhelm Ziegler, Versailles, die Geschichte eines mißglückten Friedens, Hamburg 1932.

Zehn Jahre Versailles, III. Bd.: Die grenz- und volkspolitischen Folgen des Friedensschlusses, hrsg. von Karl C. v. Loesch und Max Hildebert Boehm, Berlin 1930.

★

Zeitschriften:

Der Deutsche im Osten, Danzig;
Monatshefte für Auswärtige Politik;
Zeitschrift für Politik.

Inhaltsverzeichnis